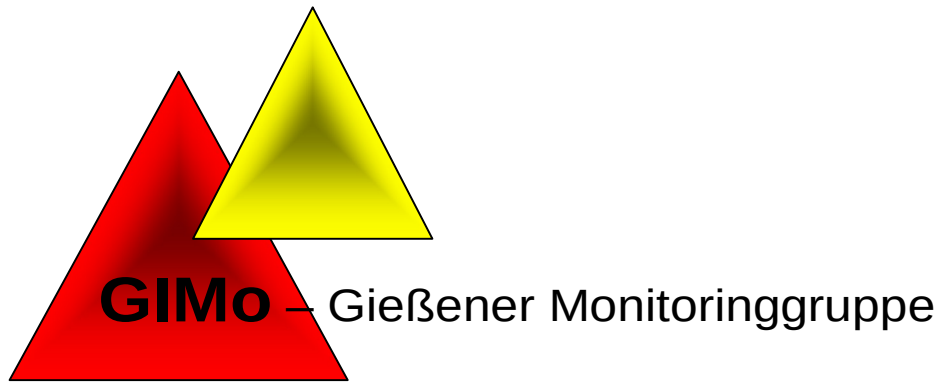




Kathleen Franz, René Groothuis

Der Tibet - China Konflikt

Anregungen für eine friedliche Beilegung

Editorial

Dieses Dossier zum Konflikt in und um Tibet entstand im Rahmen eines studentischen Monitoring-Projekts am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen, unter der Leitung von Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach.

Das Monitoring-Projekt wurde initiiert von der Kooperation für den Frieden. Die Intentionen dieses Projekts liegen in der zivilen Konfliktbearbeitung sowie in der Gewalt- und Kriegsprävention. Mit Hilfe der Veröffentlichung von Dossiers soll der Öffentlichkeit ein ziviler Umgang mit Konflikten nahe gebracht werden. Die Kooperation für den Frieden hat unter Federführung von Prof. Dr. Andreas Buro derzeit vier Dossiers veröffentlicht: Dossier I – Der Iran-Konflikt, Dossier II – Der Türkisch-Kurdische Konflikt, Dossier III - Der Israel-Palästina-Konflikt und Dossier IV – Der Afghanistan-Konflikt. (<http://www.koop-frieden.de>)

Die Giessener Monitoringgruppe (GIMo) nahm die Leitgedanken des Monitoring-Projekts auf und verfasste fünf weitere Dossiers zu den Konflikten: Migration von Afrika in die EU, Darfur, Tschetschenien, Die Kurdenfrage(n) in allen vier Siedlungsstaaten und Tibet-China. (<http://www.uni-giessen.de/cms/gim>)

Das vorliegende Dossier soll über den Konflikt in und um Tibet sowie über dessen Gewaltträchtigkeit informieren und anhand praktischer Handlungsoptionen Möglichkeiten für eine zivile Lösung aufzeigen. Übergeordnet wollen die Autor_innen damit einen Beitrag zu einer internationalen Kultur der zivilen Konfliktbearbeitung leisten.

Inhalt

Einleitung	
1. Der Bezug zu Deutschland	4
2. Die geografische, politische und wirtschaftliche Lage Tibets	6
3. Tibetische und chinesische Beziehungen zwischen Religion und Staat	8
4. Historische Hintergründe und die aktuelle Lage Tibets	9
5. Das Selbstverständnis und die Positionen der wichtigsten Akteure	16
6. Konfliktlinien und Konfliktpotentiale	24
7. Bedürfnisse und Interessen der Konfliktparteien	26
8. Normative Anforderungen ziviler Kräfte in der Konfliktbearbeitung	29
9. Ziele ziviler Konfliktbearbeitung und ihre Umsetzung	30
Weiterführende Literatur	40
Literaturverzeichnis	41

Kontakt:
Giessener.Monitoringgruppe@sowi.uni-giessen.de

HP: <http://www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb03/institute/institut-fur-politikwissenschaft/gim/>

Projektkoordination und redaktionelle Betreuung:
Markus Schupp

Gießen/September 2008

Einleitung

Am 8. Mai 2008 erreichte die Olympische Flamme den Gipfel des Mount Everest. Später im Juni wurde die Fackel unter einem gewaltigen Sicherheitsaufgebot durch Lhasa getragen.¹ Zuvor hatten Proteste an Chinas Tibet-Politik die Fackelläufe in Paris, London und San Francisco dominiert. Die Bilder gingen um die ganze Welt. Es ist festzustellen, dass mit den Unruhen in Tibet im März 2008 und der medialen Aufbereitung danach ein vergessen geglaubter Konflikt neue Aufmerksamkeit erfuhr. Die Medien berichten fast täglich. Jedoch:

- In welcher Situation befindet sich das tibetische Volk tatsächlich?
- Welche Art von Konflikt zwischen Tibet und China herrscht vor?
- Worum geht es in diesem Konflikt und welche Kontroversen sind vorhanden?
- Was kann Deutschland und Europa zu einer friedlichen Lösung beitragen?

Diese Fragen sollen hier bearbeitet werden. Es ist ein Ziel des Dossiers, auf die Situation der Tibeter aufmerksam zu machen und vor einer weiteren Eskalation der Gewalt

¹ Blume 2008a.

zu warnen. Ein zweites Ziel liegt darin, aufzuzeigen, wie der Konflikt zwischen Tibet und China gewaltfrei gelöst werden könnte. Die derzeitige Situation in Tibet, dessen Ausmaß aufgrund der restriktiven Medienpolitik der chinesischen Regierung der internationalen Öffentlichkeit verborgen bleibt, gibt Anlass zur Sorge.² Zwar öffnete sich die Volksrepublik nach dem Erdbeben in der Region Sichuan sowohl für Medien als auch Hilfeleistungen der internationalen Gemeinschaft, jedoch wird gleichzeitig die Kritik an den Medienbeschränkungen im Zuge der Olympischen Spiele in Peking immer lauter.³

Von chinesischer und tibetischer Seite als auch innerhalb der internationalen Gemeinschaft wie auch in den Medienberichterstattungen wird versucht, die Probleme Tibets und den Konflikt mit China auf die Person des Dalai Lama zu fokussieren. Wir wollen mit diesem Dossier die Tibet-Frage unter einem anderen Gesichtspunkt darstellen. Wie sich zeigen wird, weicht unsere Darstellung von denjenigen ab, die uns als deutsche Bürger und Bürgerinnen in den Medien präsentiert werden. Es macht keinen Sinn nur wiederzugeben, was andere seit Jahren an diesem Konflikt anklagen. Mit Klagen werden keine Konflikte gelöst. Wir müssen als Teil der Zivilgesellschaft einen neuen Weg beschreiten. Dieses Dossier soll Ideen und Gedan-

kenanstöße über die Breite der Handlungsspielräume einzelner Personen und Institutionen geben, um damit einen Dialog zu fördern und die Konfliktparteien näher zusammenzubringen.

Im ersten Teil des Dossiers wird neben einigen grundlegenden Informationen zur Region die Geschichte des Konflikts präsentiert. Im Anschluss stellen wir die Positionen der einzelnen Akteure im Konflikt gegenüber. Darauf aufbauend werden Konfliktlinien und -potentiale in der Tibetfrage zusammengefasst und die Interessen der Konfliktparteien bestimmt. Anhand dieser Konfliktlinien und Interessen definieren wir Handlungsfelder für eine zivile Konfliktbearbeitung und entwickeln Vorschläge zur Umsetzung dieser.⁴

1. Der Bezug zu Deutschland

Im September 2007 traf sich die deutsche Bundeskanzlerin offiziell im Kanzleramt mit dem geistlichen Oberhaupt der Tibeter, dem 14. Dalai Lama. Dieses Treffen erlangte ein enormes mediales Interesse. Auch wenn das Gespräch als privater Gedankenaustausch angekündigt wurde, reagierte die Volksrepublik China verärgert. Sie forderte im Vorfeld die Bundesregie-

² Tagesschau 2008c.

³ Ming 2008 und Tagesschau 2008a.

⁴ An dieser Stelle wollen wir uns für die Mitarbeit von unseren Kommilitoninnen Kristina Sauerbrei und Franziska Zahn bedanken.

rung dazu auf, dem Dalai Lama die Einreise zu verweigern und sprach von Sanktionen, wenn es zu diesem Treffen kommen sollte. Belgien hatte erst im Mai 2007 dem Dalai Lama die Einreise verweigert. Die deutsche Regierung tat dies nicht.⁵ Darin sah die chinesische Regierung eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten, reagierte mit Protesten und stellte die bilateralen Beziehungen zu Deutschland ein. Aber nicht nur die Zentralregierung Chinas sprach sich gegen dieses Treffen aus, auch das deutsche Außenministerium unter Frank-Walter Steinmeier kritisierte den Besuch, bei dem die Kanzlerin öffentlich die Menschenrechtsverletzungen in Tibet angeklagt hat. Erst zehn Monate nach diesem Treffen kam es am 09.07.2008 im Rahmen des G-8-Gipfeltreffens in Japan wieder zu einem Zusammentreffen zwischen Angela Merkel und dem chinesischen Präsidenten Hu Jintao. Hier brachte die Kanzlerin ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass sich die Beziehung zwischen China und den Vertretern des Dalai Lamas positiv entwickeln werden. Hu wertschätzte die Beziehung seines Landes zu Deutschland und bedankte sich für die Hilfe bei der Erdbebenkatastrophe im Süden seines Landes und für die Unterstützung bei den Olympischen Spielen.⁶ Grundsätzlich sind in Deutschland aber immer noch zwei China-Politiken vorherr-

schend. Auf der einen Seite steht die wertorientierte Politik des Kanzleramtes unter Angela Merkel (CDU), die Menschenrechtsverletzungen öffentlich anprangert. Auf der anderen Seite die interessenorientierte Politik des Außenministeriums unter Frank-Walter Steinmeier (SPD), die angesichts der bilateralen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen auf Dialog setzt. Die eine Seite versucht an öffentlicher Meinung zu gewinnen, indem sie sich für die Menschenrechte in China engagiert. Die andere Seite versucht dies, indem sie sich für eine Normalisierung der Beziehung zwischen den beiden Ländern einsetzt. Da aber die deutsche Politik nicht geschlossen auf die chinesische Innenpolitik reagiert, wird sowohl die eigene Position, als auch der Einfluss auf China geschwächt und unterliegt der Gefahr der Polarisierung.⁷ Dies trägt nicht zur konstruktiven Klärung der Problematik in Tibet bei und kann nicht im Interesse der vom Konflikt betroffenen Menschen sein. Die Reaktion Chinas auf den Besuch des Dalai Lama in Deutschland zeigt, wie hoch das Konfliktpotential um die Person des geistlichen Führers der Tibeter rankt.

Als Bürger und Bürgerinnen der Bundesrepublik Deutschland, welche ihre Außenpolitik Friedenspolitik nennt und weltweit als Hüter der Menschenrechte auftritt⁸, sehen wir eine Verpflichtung, uns auch mit

⁵ Bartsch 2007.

⁶ Agence France Presse 2008.

⁷ Maass 2008.

⁸ Auswärtiges Amt 2007.

den tibetischen Volk und dessen Konflikt mit China zu befassen. Wir sollten dies jedoch tun ohne voreilige Schlüsse zu ziehen und blind Schuld zuzuweisen. Vielmehr sollte überlegt werden, wie wir die Beziehungen zu China gestalten wollen. Denn China spielt in unserem alltäglichen Leben eine immer größere Rolle. Wir kaufen chinesische Produkte, wir essen chinesische Gerichte, wir sehen chinesische Filme und verfolgten im August 2008 die Olympischen Spiele in Peking.

2. Die geografische, politische und wirtschaftliche Lage Tibets

Tibet ist ein autonomes Verwaltungsgebiet der Volksrepublik China⁹. Es liegt im Südwesten des Landes und wird offiziell als „Autonome Region Tibet“ bezeichnet. Die tibetische Region wird von der Zentralregierung in China verwaltet. Ebenso wie von China wird die Region auch von der Internationalen Gemeinschaft als ein Bestandteil des chinesischen Territoriums angesehen. Dem gegenüber steht eine in-

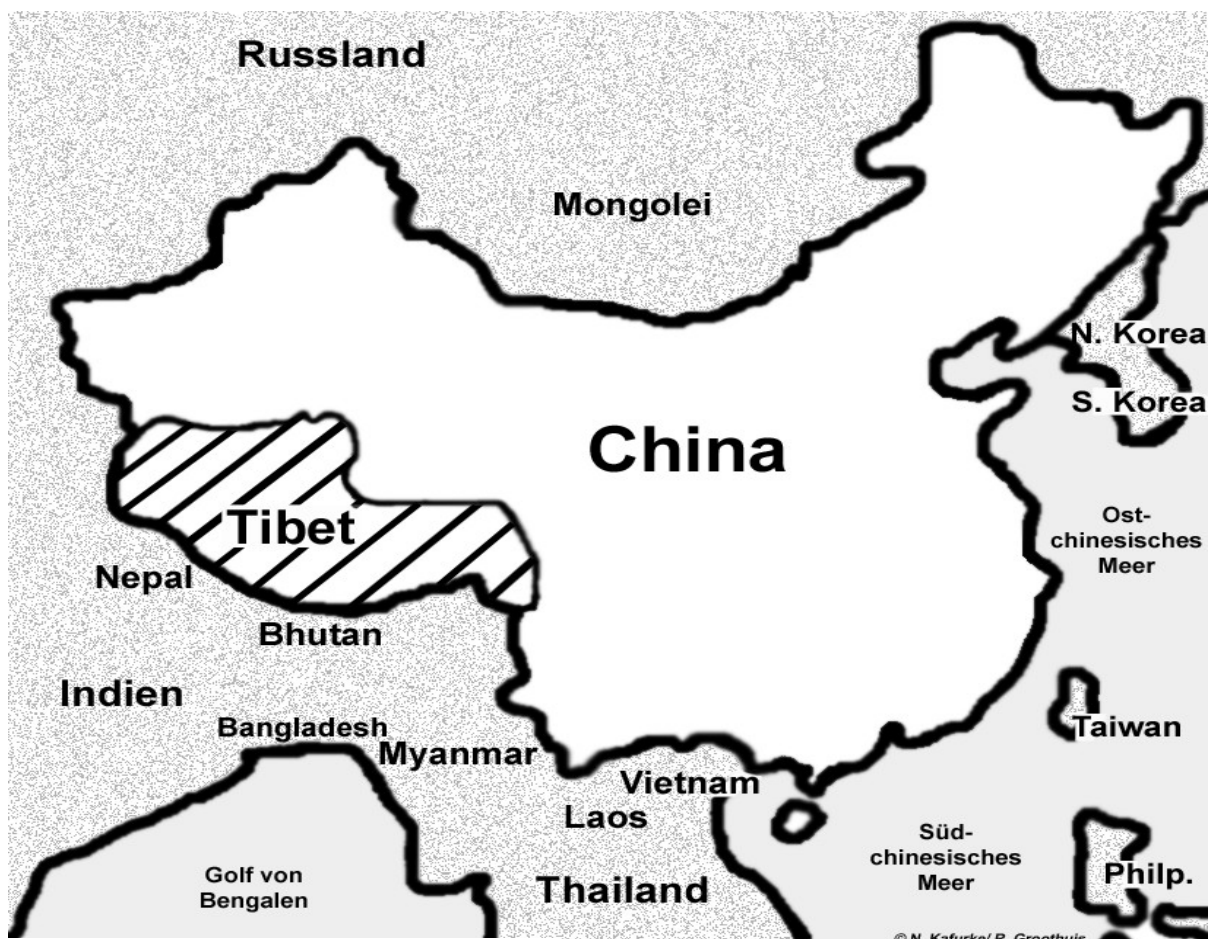


Abbildung 1: Zeichnung der Autor_inen

⁹ Insgesamt gibt es in der Volksrepublik China 22 Provinzen und fünf autonome Regionen. Es leben 1,3 Milliarden Menschen in China, welche 55 verschiedenen ethnischen Minderheiten angehören (Meyers Lexikon 2008a).

ternational nicht anerkannte tibetische "Exilregierung", gegründet vom 14. Dalai Lama. Diese sieht Tibet in keinsten Weise als einen historischen Teil Chinas.

Geografisch grenzt Tibet im Süden an die Staaten Indien, Bhutan, Burma und Nepal und im Westen an Indien.

Mit einer durchschnittlichen Höhe von etwa 4500 Metern ist Tibet die höchstgelegene Region der Erde und wird deshalb auch als das „Dach der Welt“ bezeichnet. Es ist darüber hinaus auch die abgeschiedenste Region der Erde. Die Gegend um Tibet ist auf drei Seiten von gewaltigen Gebirgsmassiven umgeben. Die Gesamtfläche der Autonomen Region Tibet beträgt circa 1,3 Millionen Quadratkilometer. Die tibetische Region ist die Hauptwasserscheide Asiens und Quellgebiet zahlreicher großer Ströme des gesamten Kontinents.

Die stärkste Bevölkerungsgruppe sind die Tibeter, obwohl mittlerweile viele von ihnen in Nepal oder Indien im Exil leben. Die Landessprachen sind Tibetisch und Chinesisch. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt als Nomaden oder Halbnomaden. Der Anteil der Han-Chinesen¹⁰ steigt durch die chinesische Siedlungspolitik ständig an. Insgesamt hat die Autonome Region etwa 2,7 Millionen Einwohner, wobei die

Bevölkerungsdichte sehr gering ist.¹¹ Die einzige größere und zugleich die Hauptstadt ist Lhasa mit 340.000 Einwohnern.

Tibet hat aufgrund der angrenzenden Staaten Indien und Nepal eine große strategische Bedeutung für China. Entsprechend hoch ist die Präsenz chinesischer Truppen. Die Truppenstärke in der Autonomen Region Tibet schwankt zwischen 300.000 bis 500.000 chinesischen Soldaten. Auf dem „Dach der Welt“ sind zahlreiche Radaranlagen installiert, ebenso wie Stützpunkte und Testgelände für Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von bis zu 4000 Kilometern.¹²

Tibet ist reich an Bodenschätzen und Rohstoffvorkommen. Diese konnten allerdings auf Grund des schwierigen Zugangs bisher nur in geringem Maße abgebaut werden. Die Wirtschaftstätigkeit vieler Tibeter konzentriert sich auf die Landwirtschaft zur Deckung des Eigenbedarfs. Auf dem Hochland stellt die Tierhaltung den wichtigsten Erwerbszweig dar. Die Industrie ist zwar gewachsen, bleibt jedoch insgesamt auf kleinere Betriebe beschränkt. In diesen werden vorwiegend Textilien, Holz- und Metallerzeugnisse produziert. Mittlerweile gewinnt der Tourismus zunehmend an Bedeutung für die tibetische Wirtschaft.¹³ Seit 2000 stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP)

¹⁰ Als Han-Chinesen werden ethnische Chinesen bezeichnet. Der Name hat seinen Ursprung in der Han-Dynastie, als die Völker der Dynastie von ihren Nachbarn als Han bezeichnet wurden. Inzwischen ist es eine Selbstbezeichnung. Ca. 92% der chinesischen Bevölkerung gehören dieser Nationalität an (Hansen 2003).

¹¹ Zum Vergleich: In Tibet kommen auf 1 km² 2 Menschen, in Deutschland kommen auf 1 km² 231 Menschen.

¹² Ludwig / Partsch / Heberer u.a. 1989, S. 82.

¹³ Gaede 2006, S. 237.

der Autonomen Region jährlich im Durchschnitt um zwölf Prozent. Dabei machen staatliche Subventionen etwa 75 Prozent des BIP aus. Die ökonomische Situation unterscheidet sich grundlegend zwischen urbanen und ländlichen Gebieten.¹⁴

3. Tibetische und chinesische Beziehungen zwischen Religion und Staat

Der tibetische Buddhismus leitet sich direkt aus dem vom 7. Jh. an überlieferten indischen Buddhismus ab. Der in Tibet praktizierte Buddhismus ist eine Form des Mahāyāna-Buddhismus (Großes Fahrzeug). Diese Ausprägung basiert auf folgender Philosophie: „Versuche nicht nur, andere nicht zu schlagen, sondern bemühe dich aktiv darum, den anderen zu helfen, dein Leben, dein Potential in den Dienst der anderen zu stellen.“¹⁵ Das Ziel für jeden tibetischen Buddhisten soll es sein, einen Zustand zu erreichen, der frei von Fehlern und nur mit positiven Eigenschaften besetzt ist.¹⁶

Die Tibeter sind überwiegend gläubige Buddhisten. Die Ausübung ihrer Religion ist sehr wichtig und Bestandteil des täglichen Lebens. Die europäische Trennung zwischen Religion und Staat ist in dieser Kultur fremd. Die Verkörperungen des

„Bodhisattva Avalokiteshvara“ in Gestalt des Dalai Lama und des „Buddha Amitabha“ in Gestalt des Panchen Lama gelten als höchste Geistliche in der Lehre des tibetischen Buddhismus.¹⁷ Durch die Komplexität der Lehre ist das Praktizieren der Religion und die Weitergabe von religiösem Wissen keine einfache Frage, die mit dem Blick in ein Lehrbuch geklärt werden könnte. Stattdessen ist die religiöse Wissensweitergabe eingebettet in die Vorstellung der ungehinderten Übermittlung von der Lehre vom ersten Schüler (Dalai Lama), welcher die Worte von Buddha hörte, bis hin zu gegenwärtigen Lehrern (Lamas). Diese Lamas haben ihre eigenen Klöster. Wenn die Wissensübertragung nicht sichergestellt werden kann, hat das Lehren in den Klöstern keine Legitimität.¹⁸ Unabhängig vom Aufenthaltsort eines Lamas werden seine Anhänger nicht aufhören ihm zuzuhören und zu ihm aufzuschauen als ihren Anführer.¹⁹ Aufgrund der wichtigen Position der Lamas auf dem spirituellen Heilsweg, findet sich der tibetische Buddhismus in westlichen Lehrbüchern auch unter dem Namen Lamaismus. Diese Bezeichnung wird vom 14. Dalai Lama jedoch abgelehnt. Der Buddhismus gilt in der autonomen Region Tibet als eine von

¹⁴ Hillman 2008, S. 9.

¹⁵ Spitz 1997.

¹⁶ Spitz 1997.

¹⁷ Meyers Lexikon 2008b.

¹⁸ Shakyas 2008, S. 16.

¹⁹ Shakyas 2008, S. 15.

der chinesischen Regierung offiziell anerkannte Religion.²⁰

Die Volksrepublik China dagegen verlangt eine strenge Trennung zwischen Religion und Staat. Artikel 36 der chinesischen Verfassung garantiert zwar die religiöse Freiheit, bindet aber religiöse Tätigkeiten an den Staat und unterlegt sie staatlicher Kontrolle. Geistliche aller Religionen sind zur persönlichen Loyalität gegenüber dem sozialistischen Staat verpflichtet. Staatlich anerkannte Religionen sind der Daoismus, der Buddhismus, der Islam und das Christentum, sowohl in katholischer wie auch in protestantischer Ausprägung. Etwa 50 Prozent der Bevölkerung bekennt sich zu keiner Glaubensrichtung, ohne dabei bewusst atheistisch zu sein. Über 28 Prozent der Bevölkerung können den chinesischen Religionen (u.a. Daoismus), über 8 Prozent dem Buddhismus, ca. 7 Prozent den christlichen Religionen, etwa 4 Prozent indigenen ethischen Religionen und rund 2 Prozent dem Islam zugerechnet werden. Die traditionellen Volksreligionen (Ahnenverehrung, Verehrung von lokalen Göttern und Naturgottheiten) werden sowohl von der Bevölkerung auf dem Land, als auch von der Bevölkerung in der Stadt ausgeübt. Die Rituale und Frömmigkeitspraxen sind dabei oft eine Vermischung des Daoismus mit dem Konfuzianismus.

²⁰ Meyers Lexikon 2008b.

Am 1. März 2005 ist ein Religionsgesetz in Kraft getreten, welches den staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften die Unterhaltung von sozialen Einrichtungen gestattet. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes ist ein formaler Abschluss der Religionspolitik vollzogen worden, die als eine Antwort auf die religiöse Renaissance nach der Kulturrevolution verstanden werden kann.²¹

4. Historische Hintergründe und die aktuelle Lage Tibets

Der erste überlieferte Kontakt zwischen den Chinesen und den Tibetern begann im siebten Jahrhundert n. Chr., als der tibetische König Songtsen Gampo die chinesische Prinzessin Wen Cheng aus der Tang-Dynastie heiratete. Beide Herrscherhäuser erhofften sich dadurch eine Verbesserung der Beziehungen und eine Entspannung der zuvor Jahrzehnte andauernden Grenzkriege. Diese Heirat und der Zusammenschluss beider Königreiche werden noch heute in China als das ursprüngliche Symbol für die Zusammengehörigkeit Tibets und Chinas gesehen. Jedoch gab es in der Folgezeit immer wieder militärische Konflikte, welche sich erst mit innenpolitischen Problemen in beiden Reichen abschwächten. So besaß China während des Bauernaufstands

²¹ Brockhaus 2006, S. 562.

von 874 wenig außenpolitische Handlungsmöglichkeiten. Es musste sich zu dieser und in der kommenden Zeit mit Problemen innerhalb des Königreiches befassen. In Tibet war dies ähnlich. Dort bekämpften sich zu dieser Zeit immer wieder rivalisierende Provinzfürsten und Militärführer. In dieser Situation war die Beziehung zwischen Tibet und China über einen langen Zeitraum auf Eis gelegt.

Erst seit dem Jahre 1720 gab es wieder belegte Beziehungen zwischen Tibetern und Chinesen. Die Tibeter suchten nun in der chinesischen Mandschu-Dynastie Unterstützung gegen den einrückenden westmongolischen Stamm der Dsungaren und erhielten diese auch bereitwillig. 1728, als der mongolische Stamm erfolgreich durch chinesische Kräfte vertrieben wurde, errichteten die Chinesen in Lhasa eine Garnison und setzten dort einen kaiserlich-chinesischen Gesandten ein. Dieser sollte die Interessen Peking vor Ort vertreten.

1750 kam es in Tibet zu einem antichinesischen Aufstand, woraufhin Peking seine Militärpräsenz in Tibet verstärkte. Damit konnte China seinen Einfluss auf Tibet festigen. Die Chinesen belegten Tibet mit einem Zutrittsverbot für Ausländer. Dadurch und über den stetigen Versuch Chinas auf die Wahl des Dalai Lamas Einfluss zu nehmen – unter anderem durch versuch-

te Entführungen –, wollte China die Macht über die tibetische Bevölkerung erlangen.²²

Im Zusammenhang mit der Einflussnahme der Engländer in China im Rahmen des ersten Opiumkrieges, erlitt die chinesische Mandschu-Dynastie 1842 entscheidende militärische Niederlagen. Der zweite Opiumkrieg 1857 und die zur gleichen Zeit herrschenden Bauernaufstände setzten der chinesischen Regierung derart zu, dass eine militärische Präsenz in Tibet nun nicht mehr möglich war. 1895 wurden die chinesischen Botschafter in Lhasa entmachteter.

Im Jahre 1904 rückten englische Truppen nach Tibet ein. Der damalige 13. Dalai Lama flüchtete zunächst zu den Mongolen und suchte anschließend Zuflucht im chinesischen Kaiserhof. Während der Abwesenheit des 13. Dalai Lamas schlossen die englischen Truppen mit dessen Vertretern einen Vertrag, in dem den Engländern Handelsstationen in Tibet zugestanden wurden. Darüber hinaus wurden die Grenzen zwischen der chinesischen Provinz Sikkim und Tibet in diesem Vertrag festgelegt. Dieser Vertrag wurde von China, das noch unter dem Protektorat Englands stand, nicht gebilligt. China sah in Tibet eine chinesische Provinz, welche nicht befugt sei, mit anderen Nationen Abkommen zu schließen. Die Tibeter hingegen

²² Goldner 1999.

sahen in diesem Dokument ihre Unabhängigkeit und die Basis für einen tibetischen Staat begründet. 1910 entsandte China erneut ein Heer nach Lhasa, um seine Macht definitiv zu festigen. Mit dem Ausbruch der bürgerlichen Revolution 1911 war China wiederum sehr stark mit innenpolitischen Problemen konfrontiert. Dies nutzten die Tibeter 1912 um die chinesischen Truppen zu vertreiben. Der nun heimkehrende 13. Dalai Lama erklärte die Unabhängigkeit Tibets. Erstmals gab sich Tibet eine eigene Fahne und auch eine Nationalhymne.²³ Der 13. Dalai Lama brachte in dieser Situation einige Reformen auf den Weg. So schaffte er zum Beispiel das Abhängigkeitsverhältnis in der Landwirtschaft ab, verbot schwere körperliche Strafen, reformierte das Steuer- und Verwaltungssystem und verringerte die Macht des konservativen Klerus.²⁴

Nach der bürgerlichen Revolution versuchte die neue chinesische Regierung ihren Einfluss in Tibet auf diplomatischem Wege zurückzugewinnen. Im Jahre 1913 kam es mit der Unterstützung Englands zu einer Konferenz in Indien. Dort trafen sich hochrangige tibetische und chinesische Delegierte und berieten über den Status Tibets. Jedoch waren die Standpunkte derart unvereinbar, dass man zu keiner Lösung kam. 1918 einigten sich beide Parteien auf die

Markierung des Flusses Yangtse als Ostgrenze Tibets zu Indien. Zu China wurde keine Grenze festgelegt. Da die chinesische Regierung sich nun im Folgenden zunächst den Aufständen der bürgerlichen Revolution in Zentralchina widmete, war Tibet über einen Zeitraum von vier Jahrzehnten ohne chinesischen Einfluss. Zwar versuchte China immer wieder militärisch in Tibet zu intervenieren, jedoch konnten die schwachen chinesischen Truppen stets von den Tibetern an den Grenzen zurückgeschlagen werden. Jedoch fehlte es Tibet zu dieser Zeit an einem modernen Staatsverständnis, wodurch es die Chance verpasste, sich außenpolitisch zu profilieren und internationale Kontakte zu anderen Staaten zu knüpfen.²⁵

Als Mao Zedong im Jahre 1949 die Volksrepublik China begründete, erklärte er die „Heimkehr Tibets ins chinesische Mutterland“ als eines seiner wichtigsten Anliegen. Als einen seiner wichtigsten Gründe nannte er hierbei die Befreiung des tibetischen Volkes aus ihrer durch die Leibeigenschaft geprägten Gesellschaftsform.²⁶ Tatsächlich litt die Mehrheit der tibetischen Bevölkerung unter den Mönchseliten im vorherrschenden theokratischen Feudalismus. Selbst der 14. Dalai Lama stellte

²³ Goldner 1999.

²⁴ Hoet 2001.

²⁵ Harris 2008, S. 19.

²⁶ Volksrepublik China 2004.

fest, dass das feudale Tibet „sicherlich nicht vollkommen“ gewesen sei.²⁷

1950 marschierten die Truppen der Volksbefreiungsarmee Chinas in Tibet ein und eroberten nach kurzen Gefechten Lhasa. In diesem Zusammenhang wandte sich der 14. Dalai Lama an die UN und beschuldigte China der Aggression. Innerhalb der UN war lediglich El Salvador dazu bereit, eine Proklamation gegen das chinesische Handeln zu unterschreiben. Nachdem China nun in Tibet militärisch präsent war, wurden Vertreter des Dalai Lama nach Peking zitiert, welche das sogenannte „17 - Punkte – Abkommen zur friedlichen Befreiung“ zu unterzeichnen hatten. Der 14. Dalai Lama verwarf diesen Vertrag mit dem Argument, dass er nicht auf freiwilliger Basis zustande gekommen sei, sondern seine Vertreter zur Unterschrift gezwungen wurden.

Dieses 17-Punkte Abkommen bedeutete das Ende der tibetischen Unabhängigkeit. In dem Vertrag wurde die Zugehörigkeit Tibets zu China als eine Provinz bestimmt. Darüber hinaus wurden den Tibetern einige Zugeständnisse für eine tibetische autonome Region gemacht. Hier zwei wichtige Teilaspekte des 17-Punkte-Abkommens:

Punkt 4: „Die Zentralbehörden werden das bestehende politische System in Tibet unverändert lassen. Die Zentral-

behörden werden außerdem den bestehenden Status, die Funktionen und Befugnisse des Dalai Lama nicht antasten.“

Punkt 7: „Religion, Sitte und Gebräuche des tibetischen Volkes sollen respektiert und die Lamaklöster unverändert ihrer Einkünfte belassen werden.“

Trotz dieser vertraglich festgelegten Autonomierechte, griffen die chinesischen Behörden in den folgenden Jahren umfassend in den Lebensalltag der Tibeter ein. Als Antwort auf die chinesische Herrschaft kam es zum Aufstand der Tibeter, welcher durch die Chinesen hart niedergeschlagen wurde. Im Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen im März 1959 flüchteten der 14. Dalai Lama und 80,000 andere Tibeter nach Indien ins Exil.²⁸

Der 14. Dalai Lama baute im Exil im nordindischen Dharamsala schrittweise eine "Exilregierung"²⁹ auf, welche von der indischen Regierung bis heute geduldet wird. Es gibt ein Parlament mit Abgeordneten, die von den Exiltibetern direkt gewählt werden. Darüber hinaus gibt es eine eigene Rechtssprechung. Die Exekutive ist durch die sogenannte 'Kashag' (Kabinett) vertre-

²⁷ Goldner 1999.

²⁸ Harris 2008, S. 19f.

²⁹ In den deutschen offiziellen Übersetzungen wird von 'Exilregierung' gesprochen, im Englischen von der 'Central Tibetan Administration'.

ten. Der Vorsitzende des Kabinetts wird seit 2001 direkt gewählt. Darüber hinaus setzt sich die tibetische "Exilregierung" aus verschiedenen Referaten zusammen, die das gesamte politische Handlungsspektrum abdecken.³⁰ Im Zuge der Kulturrevolution Mao Zedongs begannen die Chinesen mit der Verfolgung der buddhistischen Kultur und deren Traditionen. Mönche, Nonnen und vermeintliche Reaktionäre wurden verhaftet und in Arbeitslager verbracht. Klöster, Tempel und Kulturstätten wurden im Rahmen der sogenannten „demokratischen Reform“ zerstört. Religiöse Besitztümer wurden verboten und Genossenschaften und Kollektive eingeführt. Man zwang die Bauern Weizen statt der anspruchslosen Gerste anzubauen. Dies führte erstmalig zu Hungersnöten in Tibet. Zudem hatten die Tibeter Probleme, den hohen Steuerforderungen nachzukommen. 1965 wurde das tibetische Territorium verkleinert. Große Teile der tibetischen Bevölkerung wurden administrativ anderen chinesischen Provinzen zugeordnet. Über dem verbleibenden Territorium wurde die „Autonome Region Tibet“ ausgerufen. Die Bezeichnung Tibet wird heute von Tibetern im Exil für das gesamte historische Tibet verwendet, während die Volksrepublik China die Autonome Region meint, wenn sie von Tibet spricht.

³⁰ Central Tibetan Administration 2008 und The Tibet Bureau - Genf 2007.

1976 wurde die Kulturrevolution – welche in ganz China Leid verursachte - beendet. Schätzungen zu Folge sind dieser Zeit auch bis zu eine Millionen Tibeter zum Opfer gefallen. Die Landwirtschaft lag am Boden und fast alle Klöster, Tempel und religiöse Kulturstätten waren zerstört.³¹

Nachdem 1977 der Reformler Deng Xiaoping die Führung in China übernommen hatte, wurden Fehlentwicklungen in Tibet eingestanden und die Zentralregierung machte einige Zugeständnisse. Es wurden 300 kleinere Industriebetriebe in Tibet etabliert, die Energieversorgung wurde verbessert, das Straßennetz wurde weiter ausgebaut und es wurden Flughäfen errichtet. An den neu gebauten Universitäten und Schulen in der Region konnte nun sowohl in chinesischer als auch in tibetischer Sprache gelehrt und studiert werden.³² Auch die Religionsfreiheit wurde wieder hergestellt. Tempel und Klöster wurden restauriert und neu aufgebaut.

Jedoch wurden die wichtigsten Positionen in den großen Städten, wie in Verwaltungen, Banken, der Post oder Fluggesellschaften, weiterhin ausschließlich durch Han-Chinesen besetzt. In der gesamten

³¹ Hool 1989, S. 45-48.

³² Nach chinesischer Auskunft gab es Ende 2006 890 Grundschulen, 93 Mittelschulen mit Unterstufe, 13 Mittelschulen mit Oberstufe und zehn Fachschulen in der Autonomen Region Tibet. Außerdem gibt es sechs Hochschulen (China Internet Information Center 2008). Jedoch haben 40% aller Tibeter überhaupt keinen formalen Schulabschluss, und nur 15% aller Bewohner der Autonomen Region Tibet einen Abschluss im zweiten Bildungsweg (Hillman 2008, S. 10).

Autonomen Region Tibet lebten Ende der 1990er Jahre neben 1,8 Millionen Tibetern bis zu 400.000 chinesische Zivilisten. Die angegebenen Zahlen schwanken deutlich, je nach tibetischer oder chinesischer Quellenlage. In Kham und Amdo, zwei der bereits ausgegliederten ehemaligen tibetischen Regionen, lebten 1989 neben 800.000 Tibetern bereits 2,5 Millionen Han-Chinesen. Im gesamten traditionellen Tibet sind zu dieser Zeit etwa 6-7 Millionen Menschen aus anderen chinesischen Provinzen angesiedelt worden. Durch diese Umsiedlungspolitik Chinas wurden die Tibeter zu einer Minderheit in ihrer eigenen ursprünglichen Region.

Ab Herbst 1987 erreichten Informationen über gewaltsame Demonstrationen und Aufstände in Lhasa die Öffentlichkeit. Daraufhin verhängte die Volksrepublik 1989 erstmalig das Kriegsrecht über Tibet und ging gegen die Aufständigen mit militärischen Mitteln vor.³³ Um den dauerhaften Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen, sprach der 14. Dalai Lama im Jahre 1987 eine Deklaration vor dem Europäischen Parlament in Straßburg aus. Mit dieser Deklaration erkannte er die chinesische Oberhoheit in Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik an und stimmte der Präsenz chinesischer Truppen in Tibet für eine Übergangsperiode zu. China begrüßte die-

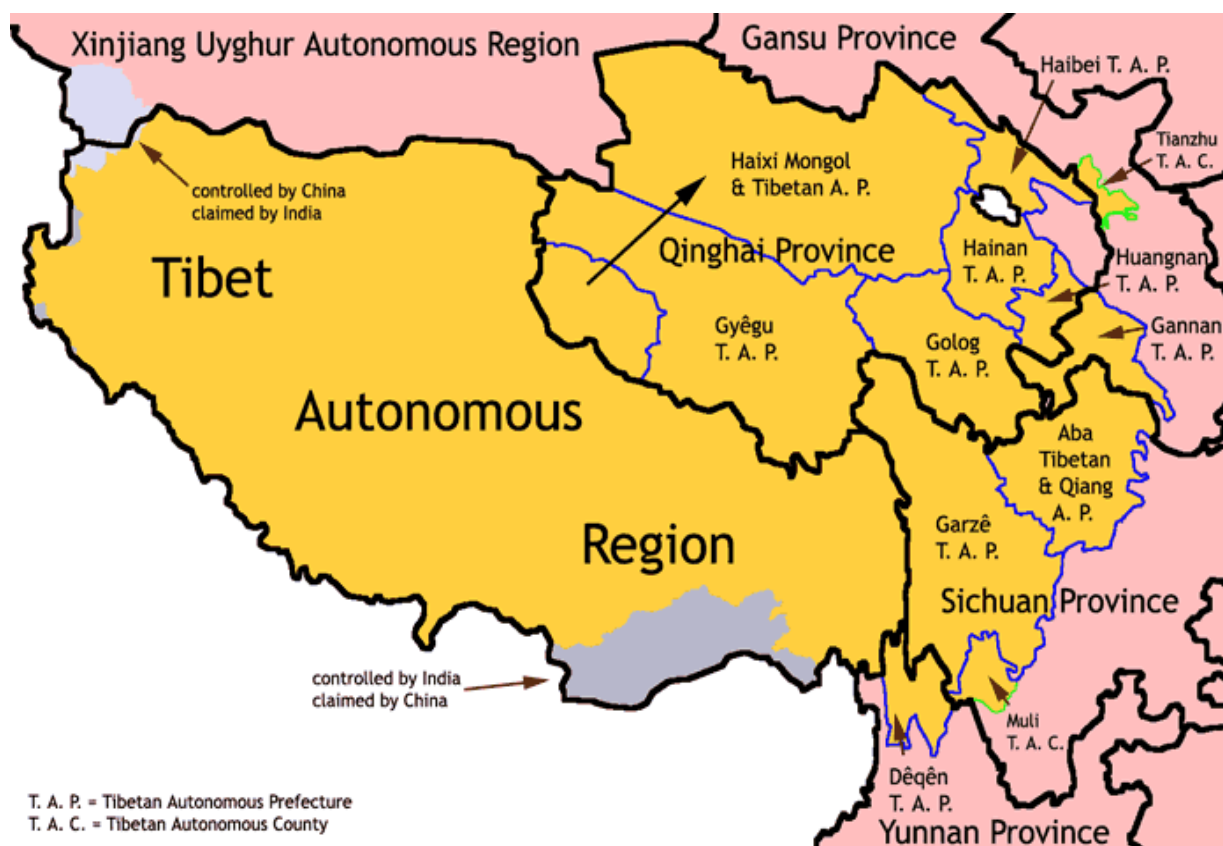


Abbildung 2: Quelle: Wikimedia. URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:TAR-TAP-TAC.png> (abgerufen am 6.8.2008)

³³ Tibet Initiative o.D.A.

se Äußerungen zwar, bemängelte aber, dass der 14. Dalai Lama noch immer ignoriere, das Tibet ein untrennbarer Bestandteil Chinas sei.³⁴

1993 fanden erstmals seit 10 Jahren Gespräche zwischen China und Vertretern des 14. Dalai Lama statt. Diese führten aufgrund unvereinbarer Interessengegensätze zu keinem Ergebnis.

1995 wurde der 11. Panchen Lama³⁵ im Alter von 6 Jahren vom derzeitigen Dalai Lama anerkannt und drei Tage später mit seiner Familie von chinesischen Sicherheitskräften aus Tibet entfernt. Erst ein Jahr später äußerte sich die chinesische Regierung zu dem Vorfall und behauptete, den Jungen in Sicherheit vor den tibetischen Separatisten gebracht zu haben. Im selben Zug setzte sie anstelle dieses Jungen einen selbst ernannten Panchen Lama ein. Dieser wird aber von den Tibetern nicht anerkannt. Auch alle Versuche der Kontaktaufnahme zu dem verschwundenen Jungen durch internationale Organisationen wurden von China bisher abgelehnt. Es gibt Vermutungen, wonach die chinesische Regierung die nächste Reinkarnation des Dalai Lama beeinflussen will, da dem Panchen Lama das Recht zusteht, bei Tod des Dalai Lamas dessen Reinkarnation zu bestätigen.³⁶

³⁴ Hool 1989, S. 19 – 57.

³⁵ Zu dessen Stellung im tibetischen Buddhismus siehe Kapitel 4.

³⁶ Tibet Initiative 2003.

1999 wurde vom 14. Dalai Lama noch einmal bekräftigt, dass Tibet weiterhin eine wirkliche Autonomie, aber keine politische Unabhängigkeit von China anstrebe. 2002 sendete China gemischte Signale. Man empfing hochrangige tibetische Beamte aus dem Exil und ließ bedeutende politische Gefangene wieder frei. Jedoch gab es auch Razzien gegen populäre tibetische Mönche und ein bekannter Lama wurde hingerichtet.³⁷

Laut amnesty international³⁸ gibt es keine Religions- und Meinungsfreiheit in Tibet, es sind Folter und Misshandlungen sowie unfaire Gerichtsverfahren zu verzeichnen. Auch ist es den Tibetern nicht erlaubt das Land zu verlassen.³⁹ Geschieht dies doch, ist es möglich, dass die Flüchtlinge auf ihrem Weg ins Exil von chinesischen Grenzsoldaten erschossen werden.⁴⁰

Anlässlich des 49. Jahrestages der fehlgeschlagenen Proteste in Tibet gegen die chinesische Herrschaft und der damit verbundenen Flucht des 14. Dalai Lamas nach Indien, fanden im März 2008 Demonstrationen statt, welche sich zu gewalttätigen Unruhen im gesamten tibetischen Siedlungsgebiet ausweiteten, den sog. Märzunruhen. Die chinesische Polizei ging hart

³⁷ Tibet Focus 2003.

³⁸ Amnesty International Deutschland 2007.

³⁹ Tibet Focus 2003.

⁴⁰ Das konnte am 30. September 2006 von einer Bergsteigertruppe im Himalajagebirge beobachtet werden (Mosher 2006).

gegen Demonstranten vor, Tausende wurden verhaftet, viele verletzt. Aber auch tibetische Demonstranten blieben nicht friedlich. Geschäfte von vermeintlichen Han-Chinesen wurden angezündet und Sicherheitsbeamte angegriffen. Auf beiden Seiten wurden Tote beklagt. Innerhalb weniger Tage wurde ausländischen Journalisten und auch Touristen der Zugang zur Region verwehrt. Die Unruhen dauerten bis Ende März 2008 an. Die genauen Ereignisse dieser Wochen sind teilweise immer noch ungeklärt.⁴¹ Amnesty international zufolge wurden allein nach chinesischen Angaben über 1.000 Menschen festgenommen und ohne Anklage gefangen gehalten.⁴² Die Volksrepublik China machte den Dalai Lama und seine Anhänger für die Unruhen verantwortlich. Dieser sprach sich jedoch öffentlich gegen die gewaltsamen Aktionen von Tibetern aus. Die Märzunruhen erreichten ein sehr hohes mediales Interesse. Unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft ließ China mehrmals ausländische Journalisten unter Aufsicht in die Region⁴³ und nahm den Dialog zu Vertretern des Dalai Lama wieder auf. So trafen sich Gesandte des Dalai Lama und chinesische Regierungsvertreter Anfang Juli 2008 in Peking. Sie nahmen gemeinsam an einer Besichtigungstour der Olympischen Anlagen teil. Ein weiteres

Treffen wurde für Oktober 2008 in Aussicht gestellt. Bisher sind jedoch keine Annäherungen durch die Gespräche zu verzeichnen.⁴⁴

5. Das Selbstverständnis und die Positionen der wichtigsten Akteure

Für ein besseres Verständnis des Tibet-China Konflikts ist es wichtig, sich mit dem Selbstverständnis der direkt oder indirekt beteiligten Akteure auseinanderzusetzen. Diese haben vor dem Hintergrund ihrer individuellen Interessen unterschiedliche Standpunkte entwickelt, welche sie nach innen und außen vertreten. Im Folgenden werden wir versuchen, diese vielfach divergierenden Standpunkte der Akteure herauszuarbeiten.

Die Position der chinesischen Führung in der Tibetpolitik

Im Jahr 2004 nahm der Staatsrat der Volksrepublik China wie folgt Stellung

- Tibet sei bereits seit dem 13. Jahrhundert ein fester Bestandteil Chinas. Bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts habe in Tibet eine feudale theokratische Leibeigenschaft geherrscht. Diese sei noch finsterer gewesen, als die des

⁴¹ Amnesty International 2008.

⁴² Blume 2008b.

⁴³ Blume 2008b.

⁴⁴ Taz 2008 und The Economist 2008.

europäischen Mittelalters. Die Leibeigenen und Sklaven (ca. 95% der Tibeter) seien wirtschaftlich, politisch und kulturell von den geistlichen Führern vollkommen unterdrückt worden.

- Erst mit der Gründung der Volksrepublik China im Jahre 1949 konnte diese finstere Zeit beendet werden und eine staatliche Vereinigung, nationale Geschlossenheit und die Volksdemokratie erreicht werden. Die Leibeigenen und Sklaven in Tibet seien so wieder Herren ihres eigenen Landes geworden und erlangten endlich bürgerliche Rechte und Freiheiten, welche in einer Verfassung Chinas verankert wurden.
- Seit dieser demokratischen Reform besitze die tibetische Bevölkerung, ebenso wie die Angehörigen aller anderen Nationalitäten des Landes, politische Rechte.
- Denn zur Wahrung der Gleichberechtigung und der Durchsetzung der autonomen Rechte nationaler Minderheiten setze die chinesische Regierung auf das System der regionalen Autonomie der Nationalitäten. Die nationalen Minderheiten seien in dieser Form Herren ihrer Region und können die lokalen Angelegenheiten ihrer Nationalitäten selbst verwalten. Unter der Leitung der

Zentralregierung könnten sie aktiv bei der Verwaltung der staatlichen und lokalen Angelegenheiten mitwirken und die in der Verfassung und den Gesetzen verankerten Autonomierechte voll ausüben.

- Dadurch konnte Armut und Rückständigkeit in Tibet erfolgreich bekämpft und das materielle, kulturelle und politische Leben in dieser Region erheblich verbessert werden.
- Zwar sei die tibetische Gesellschaft durch ihre lang andauernde Geschichte der feudalen Leibeigenschaft im Vergleich zum restlichen China noch immer sehr rückständig und auch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung sei sehr schwach, jedoch konnte mittels immenser Investitionen der materielle und kulturelle Lebensstandard der Bevölkerung Tibets in den letzten Jahren stark angehoben werden. Bereiche wie Tourismus, moderner Handel, Dienstleistungssektor, Industrie, Freizeit oder die Erschließung der Region durch ein umfassendes Eisenbahnnetz sind Fortschritte, von denen man im alten Tibet noch nie gehört hatte. Durch diese Förderungen entwickelt sich Tibet mit großem Tempo zum Vorteil der dort lebenden Menschen. Auch das Bildungswesen oder die me-

dizinischen Bedingungen habe man verbessern können, so dass man resümierend einen sich immer weiter entwickelnden Wohlstand bei den Tibetern feststellen könne. Auch habe die tibetische Bevölkerung alle Freiheiten zur Pflege und Entwicklung ihrer traditionellen Kultur und des Glaubens. Religiöse und kulturelle Aktivitäten können ungestört durchgeführt werden und sind des Weiteren im Rahmen der Glaubensfreiheit gesetzlich verankert.

- Alle Aktivitäten, die sich gegen das derzeitige System regionaler Autonomie in Tibet richten, sind gesetzeswidrig und werden von der chinesischen, einschließlich der tibetischen, Bevölkerung nicht geduldet. Die Zukunft würde seit der Befreiung Tibets nicht mehr vom Dalai Lama und seiner Clique sondern allein vom chinesischen Volk, welches die tibetische Bevölkerung einschließt, bestimmt. Die Politik der Zentralregierung bezüglich des Dalai Lama ist konsequent und eindeutig und die Volksrepublik hofft, dass der Dalai Lama den Tatsachen ins Auge sieht, seine Verschwörung zur sogenannten Unabhängigkeit Tibets aufgibt und "an seinem Lebensabend etwas Nützliches für die Entwicklung [...] des Landes" leistet.

Mit dieser Stellungnahme bekundete der Staatsrat der Volksrepublik China, dass die Ausübung der regionalen Autonomie der Nationalitäten in Tibet in vollem Umfang gegeben sei. Damit sei der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen bezüglich der Nationalität oder Rasse, der Religion und festgelegten Prinzipien, der Gleichberechtigung, der Nichtdiskriminierung und des Sonder-schutzes in vollem Umfang genüge getan.⁴⁵

Das Selbstverständnis der tibetischen "Exilregierung" in ihrer Tibetpolitik

Die tibetische "Exilregierung" sieht ihre Aufgaben neben der Betreuung der Exiltibeter im Wesentlichen darin, die internationale Öffentlichkeit im Kampf um die Durchsetzung des Völkerrechts in Tibet zu mobilisieren. Unter der Führung des 14. Dalai Lama strebt sie den sog. *middle way of approach* an. Dieser beinhaltet nicht die Abspaltung der Region Tibet vom chinesischen Territorium, sondern eine wirkliche Autonomie mit Religionsfreiheit, Selbstbestimmung sowie die Achtung der Menschenrechte innerhalb des chinesischen Staates. Die Erörterung der Tibetfrage vor internationalen Gremien und Kommissionen stellt hierbei eine wichtige Plattform dar. Die tibetische "Exilregierung" vertritt

⁴⁵ Volksrepublik China 2004.

die Auffassung, dass Tibet zum Zeitpunkt der Invasion durch die Volksbefreiungsarmee ein unabhängiger Staat gewesen sei. Die militärische Invasion sowie die andauernde Besetzung ist in ihren Augen ein Verstoß gegen internationales Recht. Ferner sei Tibet nicht, wie es die Volksrepublik darstellt, seit 700 Jahren fester Bestandteil Chinas. Die in einem Abkommen zugesicherte innenpolitische Autonomie und die Selbstbestimmung des tibetischen Volkes seien ebenso wie auch die Religionsfreiheit in keinsten Weise gegeben.⁴⁶ Des Weiteren stimmt die "Exilregierung" zu, dass die traditionelle tibetische Gesellschaft rückständig war und dringend Reformen benötigte. Sie verweist darauf, dass dies allerdings auf fast alle asiatischen Staaten dieser Zeit zutraf und die Gleichheit zwischen den herrschenden Lamas und der tibetischen Bevölkerung ausgeprägter war als in anderen asiatischen Staaten. Von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung Tibets in der Volksrepublik würden lediglich chinesische Offizielle und Migranten in urbanen Zentren profitieren.⁴⁷ Die angesprochene wirkliche Autonomie Tibets in seiner historischen Größe soll durch eine demokratisch gewählte Exekutive und Legislative, sowie ein unabhängiges Rechtssystem sichergestellt werden.

⁴⁶ Himalaya Forum o.D.A und Department of Information and International Relations 1996.

⁴⁷ Department of Information and International Relations 2001.

Unter diesen Bedingungen würde Tibet aufhören nach Separatismus zu streben, im chinesischen Staatsgebiet verbleiben und der Dalai Lama seine politische Macht vollständig an die demokratisch gewählte Regierung abgeben. Nachdem Tibet in eine Zone des Friedens transformiert wurde, sollten die chinesischen Truppen die Region verlassen. Die Volksrepublik China könnte weiterhin Tibet international repräsentieren und ihre territoriale Einheit sichern, während die tibetische Bevölkerung andere Angelegenheiten, wie Religion, Kultur, Bildung, Wirtschaft, Gesundheit und Umweltschutz selbst verwaltet. Zu diesem Zweck spricht sich die "Exilregierung" in ihrem Dialog mit China für die Beendigung der Menschenrechtsverletzungen und Umsiedlungspolitik in Tibet aus. Der Dalai Lama hat offiziell den Auftrag, sich in Verhandlungen mit der chinesischen Regierung für diesen politische Weg einzusetzen und eine gemeinsame Lösung zu finden.⁴⁸

Die Position der Han-Chinesen in der Tibetfrage

Da der Großteil der chinesischen Bevölkerung öffentlich denselben Standpunkt wie ihre Regierung vertritt und ansonsten wenig unzensurierte Meinung aus dem Land in die westlichen Medien dringt, kann hier

⁴⁸ Department of Information and International Relations 2006.

nur auf einzelne Aussagen eingegangen werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Wahrnehmung von und das Interesse an Tibet mit den Unruhen im März 2008 zugenommen hat. Vor allem im städtischen Raum und in Schichten mit höherer Bildung, dürfte nach den ausführlichen Medienberichten Tibet ein Begriff sein.

Die über das Internet verbreitete Empörung der chinesischen Bevölkerung nach der Bekanntgabe des Treffens zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem 14. Dalai Lama im September 2007⁴⁹ zeigt, dass die Figur des Dalai Lama in der chinesischen Bevölkerung kontrovers gesehen wird. In einer Reportage von Phoenix wird deutlich, dass junge Han-Chinesen durchaus die Position der chinesischen Regierung Tibet betreffend teilen.⁵⁰

Tibet wurde vor den Unruhen von vielen Han-Chinesen als geheimnisvoll und exotisch wahrgenommen, es war Mode nach Tibet zu reisen und sich mit tibetischer Kleidung zu schmücken.⁵¹ Han-Chinesen, die entweder in von Tibetern besiedelten Gebieten leben oder sich regelmäßig in dieser Region aufhalten, dürften vor allem die gute wirtschaftliche Entwicklung der städtischen Gebiete – hervorgebracht durch Investitionen der Volksrepublik - wahrnehmen. Gleichzeitig ist in dieser Bevölke-

rungsgruppe aber auch die geringere Bildung der Tibeter im Vergleich zu anderen Einwohnern sichtbar. Ungeklärt bleibt, inwiefern dies von Han-Chinesen auf eine Benachteiligung der Tibeter im Bildungswesen zurückgeführt wird. Das positive Bild der staatlichen Medien von wirtschaftlicher Entwicklung trägt dazu bei, dass viele Chinesen kein Bewusstsein für die missliche Lage der Tibeter entwickeln.⁵²

Nach den Unruhen im März 2008 wurden allerdings auch andere Stimmen laut. So veröffentlichte eine Gruppe von Intellektuellen um den bekannten Tibetologen und Staatskritiker Wang Lixiong einen Brief im Internet. Dieser Brief forderte die chinesische Regierung auf, mit dem Dalai Lama in einen Dialog zu treten, unabhängige Beobachter nach Tibet zu lassen und die Gewalt gegen die tibetische Bevölkerung zu stoppen.⁵³

Das Selbstverständnis der Tibeter von ihrer politischen und sozialen Lage

Es erweist sich durch die chinesische Zensur als äußerst schwierig, an authentische Informationen von im Land lebenden Tibetern zu gelangen. Jedoch drangen vor allem im Zuge der Märzunruhen einige Aussagen an die Öffentlichkeit.

Wie im Kapitel 4 beschrieben, sind Tibeter überwiegend gläubige Buddhisten, die den

⁴⁹ Maass 2007.

⁵⁰ Grimberg 2008.

⁵¹ Hansen 2008.

⁵² Hillman 2008, S. 9.

⁵³ Tagesschau 2008b.

Dalai Lama als höchsten Geistlichen in ihrem Glauben verehren. Demnach sind sie bestrebt, auch seine Haltung zur Tibetfrage anzunehmen. Gewaltlosigkeit spielt dabei eine große Rolle. Trotzdem kam es im März 2008 zu gewalttätigen Protesten der Tibeter im Land, an welchen sich viele junge Tibeter, aber auch Mönche, beteiligten. In einem Gespräch mit dem Journalisten Georg Blume beschreibt ein junger Tibeter seine Eindrücke von den Protesten. Er sagt, dass diese sich spontan entwickelten und sicherlich auch zu weit gingen. Jedoch hatten sie als Tibeter "endlich das Gefühl, auf Augenhöhe mit den Chinesen zu sein."⁵⁴ Während sich der junge Tibeter an den Unruhen beteiligte, war ihm durchaus bewusst, dass der Dalai Lama das nicht gewollt hätte. Zugleich sei er aber stolz gewesen, dass die Tibeter zeigten auch unabhängig Widerstand leisten zu können. Nach Meinung des Demonstranten hassen die Tibeter die Chinesen. Sie verweigern ihnen die vollständige Ausübung ihrer Religion. Außerdem sagt er: "China ist das böseste Land der Welt. Die Chinesen verstehen das Geschäftemachen viel besser als die Tibeter. Sie betrügen die Tibeter, indem sie ihnen schlechte, gefälschte Waren verkaufen."⁵⁵ Er spricht von der Benachteiligung der Tibeter auf dem Arbeitsmarkt und davon, dass Chinesen oftmals viel mehr Geld für die gleiche Arbeit verdie-

nen. Als einen Verdienst der Volksrepublik bezeichnet er die chinesischen Schulen in der Region, in denen man neben Tibetisch auch Englisch lernen kann.⁵⁶

Die tibetische Schriftstellerin Tsering Woesser, deren Bücher und Internetveröffentlichungen größtenteils in China verboten sind, spricht davon, dass sich der Lebensstandard in Tibet zwar erhöht hätte, davon aber meist nur Han-Chinesen profitieren. Ihrer Meinung nach würden die Tibeter in ihrem eigenen Land zur Minderheit gemacht. Die tibetischsprachigen Schulen seien beispielsweise so schlecht, dass man seine Kinder lieber auf eine chinesischsprachige Schule gibt, damit diese später im Berufsleben eine Chance hätten.⁵⁷ Viele tibetische Eltern schicken ihre Kinder auch über die Berge nach Dharamsala ins Exil, damit diese dort die Schule besuchen. So können die Kinder in der Nähe des Dalai Lama aufwachsen und werden nach ihrer Wahrnehmung zu Tibetern und nicht zu Chinesen erzogen. Jetsun Pema, die Chefin der tibetischen Kinderdörfer in Indien, spricht davon, dass die Chinesen keinen Respekt vor den Tibetern hätten und diese wie Barbaren behandeln würden.⁵⁸

Es gibt einen kulturellen Unterschied zwischen Tibetern und Exiltibetern, der nicht zu unterschätzen ist. Die Flüchtlinge in

⁵⁴ Blume 2008c.

⁵⁵ Blume 2008c.

⁵⁶ Blume 2008c.

⁵⁷ Hansen 2008.

⁵⁸ Ciesinger / Mühling 2008.

Indien haben ihre eigene Ideologie und damit ein nationales Gefühl entwickelt, das sie in ihrem Selbstverständnis als Verteidiger von Tibet und der tibetischen Kultur erscheinen lässt. Teilweise sehen die Exiltibeter sich als die wahren Repräsentanten ihrer ethnischen Herkunft und die Tibeter in Tibet als passive, unterdrückte Opfer. Das hat zu einem oftmals bevormundenden Verhalten gegenüber Tibetern im Land geführt und die soziale und kulturelle Lücke zwischen den beiden Gruppierungen vergrößert. Wenn beide Gruppen aufeinander treffen, gibt es oftmals wenig Interaktion zwischen ihnen, da die gemeinsamen Interessen und Werte fehlen. Unter den tibetischen Anhängern eines Lamas im Exil ist das weniger der Fall.⁵⁹ Auch unter den Exiltibetern wuchs der Dissens in den letzten Jahren. So werfen radikalisierte exiltibetische Gruppen dem Dalai Lama vor, gegenüber der chinesischen Regierung zu nachgiebig zu sein. Der Tibetische Jugendkongress (TYC) kämpft beispielsweise für die vollständige Unabhängigkeit Tibets, wenn nötig auch unter Einsatz des eigenen Lebens.⁶⁰

Tibeter, die in Tibet leben, sind oftmals frustriert wegen ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage. Die tibetische Bevölkerung gehört zu den großen Verlierern des chinesischen Wirtschaftswunders. Die Modernisierung der Region hat Tibets

Ökonomie polarisiert und belohnt eine kleine Schicht von Tibetern mit gut bezahlten staatlichen Jobs, während die Mehrheit der tibetischen Bevölkerung marginalisiert wird. Viele Tibeter haben wenig Chancen auf Arbeit außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors und bei den gebotenen begrenzten Möglichkeiten, müssen sie mit Migranten aus anderen Provinzen, die allgemein besser ausgebildet und erfahren sind, konkurrieren.⁶¹ Laut *Human Rights in China* lässt sich allgemein eine soziale Ungleichheit zu Ungunsten der nationalen Minderheiten in China feststellen.⁶²

Die Positionen der Internationalen Gemeinschaft in ihrer Tibetpolitik

Der völkerrechtliche Status Tibets ist umstritten. Die deutsche Bundesregierung sieht Tibet in Übereinstimmung mit dem Großteil der Internationalen Gemeinschaft als Teil des chinesischen Staates an. Hierbei wird aber der tibetische Anspruch auf Autonomie, insbesondere im kulturellen und religiösen Bereich, als adäquater Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts des tibetischen Volkes gesehen. Die "Exilregierung" Tibets wird als solche nicht anerkannt und die Kontakte zum 14. Dalai Lama bestehen fast ausschließlich in dessen

⁵⁹ Shakya 2008, S.13-15.

⁶⁰ Giese / Holbig 2008.

⁶¹ Hillman 2008, S. 9.

⁶² Human Rights in China 2007a.

Eigenschaft als religiöser Führer.⁶³ Das Europäische Parlament stellte 1992 fest, dass dem tibetischen Volk im Sinne des Völkerrechts ein Recht auf Selbstbestimmung zustehe und verurteilte die militärische Besatzung Tibets durch die chinesischen Truppen. Das EP forderte eine wirkliche Autonomie Tibets mit einer Selbstbestimmung des Volkes, der Religionsfreiheit und die Achtung der Menschenrechte innerhalb des chinesischen Territoriums.⁶⁴

Dem gegenüber gibt es auch andere Standpunkte. Beispielsweise verabschiedete der US-Senat im Jahr 1991 eine Resolution, nach der Tibet für den Senat auf der Basis der gängigen Richtlinien des internationalen Rechts als ein besetztes Land gilt, dessen wahrer Repräsentant der 14. Dalai Lama und die tibetische "Exilregierung" sei. Die chinesische Regierung wurde mit dieser Resolution aufgefordert, ihre Streitkräfte aus Tibet zurückzuziehen und die staatliche Souveränität Tibets anzuerkennen.⁶⁵

Die Vereinten Nationen beziehen sich in ihrer Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 18) auf die Gewissens-, Glaubens- und Meinungsfreiheit. Danach hat jeder Mensch das Recht, nach

seiner Überzeugung zu leben.⁶⁶ In Artikel 5 der UN-Charta wird auf das Recht jedes Menschen hingewiesen, keiner unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung unterworfen zu sein. Ein Grundpfeiler der UN-Charta ist das Recht auf Selbstbestimmung der Völker. In Kapitel 1, Artikel 1 (2) der UN-Charta heißt es, "Die Ziele der Vereinten Nationen sind: [...] freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen herzustellen, auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker [...]"⁶⁷. Im Jahr 1970 wurde von der UN Generalversammlung der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verabschiedet, in dem das Recht auf Selbstbestimmung detaillierter ausgeführt wurde: "[...] alle Völker haben das Recht, frei und ohne Einmischung von außen ihren politischen Status zu bestimmen und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung anzustreben, und jeder Staat hat die Pflicht, dieses Recht entsprechend der Bestimmungen der Charta zu respektieren."⁶⁸ Die Generalversammlung hat unter Bezug auf die ALMR und die UN-Charta wiederholt (1961 und 1965) das Recht des tibetischen Volkes auf Selbstbestimmung ausdrücklich anerkannt und China dazu aufgerufen, dieses Recht

⁶³ Deutscher Bundestag 2004, Deutscher Bundestag 1996, Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages

1987.

⁶⁴ European Parliament 1992.

⁶⁵ United States 1991.

⁶⁶ Vereinte Nationen 1948.

⁶⁷ Vereinte Nationen 1945.

⁶⁸ Herzer 2000.

zu respektieren.⁶⁹ Jedoch steht dem China als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates gegenüber. Das Engagement und der Einfluss Chinas machen es für die VN nachvollziehbar schwierig, offizielle und gemeinsame Deklarationen zu verfassen, welche die Situation der Tibeter vor der Weltgemeinschaft anprangern. Ungeachtet dieses Konfliktes wurde Ende des Jahres 2007 im Rahmen der 61. Generalversammlung eine UN-Deklaration über die Rechte der Indigenen Völker verabschiedet. Diese Deklaration soll, nach einer nun 20-jährigen Verhandlungsphase, unter anderem auch die Stellung der tibetischen Minderheit in China stärken.⁷⁰

6. Konfliktlinien und Konfliktpotentiale

Im Folgenden soll nun, basierend auf der zuvor dargestellten Eskalationsentwicklung zwischen Tibet und China, von uns ableitend auf die Konfliktgegenstände eingegangen werden, welche für die Auseinandersetzung ursächlich sind. Die hierbei aufgeführten Konfliktlinien und Konfliktpotentiale machen zum einen die Ambivalenzen zwischen den beiden Parteien Tibet und China deutlich, zeigen aber zum anderen auch die Asymmetrie in dieser Ausei-

nersetzung. Mit der Minorität der tibetischen Bevölkerung einerseits und dem riesigen Reich Chinas, mit immensen militärischen Möglichkeiten andererseits, scheinen die Machtpositionen im Rahmen der genannten Konfliktlinien klar vergeben.

Unterschiedliche Deutungen der Geschichte

Die historische Verbindung zwischen den Tibetern und den Chinesen wird, wie im geschichtlichen Teil dargestellt, unterschiedlich gedeutet. Ein wichtiger historisch bedingter Konfliktgegenstand liegt in dem im fünften Kapitel erläuterten Vertrag zwischen dem tibetischen Volk und England aus der Zeit des frühen 20. Jh., auf welchen die Tibeter ihre Unabhängigkeit begründen.

Nachdem die Chinesen im Jahre 1949 ihre Macht in Tibet endgültig festigen konnten, sahen sie in ihrem Handeln die rechtmäßige Zurückgewinnung einer chinesischen Provinz, nämlich die Herstellung des traditionellen Zustandes. Es wird sogar von der Befeuerung der tibetischen Bevölkerung aus Leibeigenschaft und diskriminierenden religiösen Verhältnissen gesprochen. Die Tibeter hingegen sehen in dieser Aktion einen kriegerischen Akt im völkerrechtlichen Sinne. Sie nehmen Tibet als ein okkupiertes und besetztes Land wahr.

⁶⁹ Herzer 2000.

⁷⁰ Wolff 2007 und Groß / Sieker 2007.

Die Vielzahl der unterschiedlichen Deutungen historischer Ereignisse führt zu stark divergierenden Handlungsweisen. Wie zuvor dargelegt, sehen sich die Chinesen dazu veranlasst, ihre tibetische Provinz vor Abspaltungsversuchen zu schützen und dem gegenüber ist das tibetische Volk bestrebt, in Abgrenzung zur chinesischen Zentralregierung ihre Autonomievorstellungen zu realisieren.

Die Spirale der Gewalt

Bis zum heutigen Zeitpunkt kommt es immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Tibetern und der chinesischen Armee. Es findet eine Diskriminierung der tibetischen Bevölkerung in der Beschränkung ihrer Religionsfreiheit, ihrer Selbstbestimmung und ihrer Menschenrechte durch die chinesischen Institutionen statt. Daraus ergeben sich gewaltsame Widerstände durch die tibetische Bevölkerung, welche wiederum mit harten Repressionen durch die chinesische Regierung beantwortet werden. Ebenso wie die Diskriminierung, bergen auch die starke chinesische Militärpräsenz sowie die stetig ansteigende Ansiedlung von Chinesen in der Region ein enormes Konfliktpotential. Dies führt häufig zu Auseinandersetzungen zwischen der tibetischen und der chinesischen Bevölkerung. Diese Spirale von Gewalt und

Gegengewalt bringt stets neue Konflikte zwischen den beiden Parteien hervor.

Ungleiche Autonomievorstellungen

Das Autonomierecht Tibets zur freien Ausübung der Religion, freie Meinungsäußerung, Gleichberechtigung, Selbstverwaltung und Selbstbestimmung ist durch die Chinesen gesetzlich verankert worden. Die chinesische Regierung weist darauf hin, dass die tibetische Bevölkerung von diesen ihnen zugestandenen Rechten in jeder Form Gebrauch machen kann und keine Einschränkungen diesbezüglich vorherrschen. Auf tibetischer Seite hingegen wird bekräftigt, dass diese ihnen vertraglich zugestandenen Rechte nicht eingehalten werden und dem entgegen eine ständige Unterdrückung stattfindet. Ihre Forderung liegt seit 1987 darin, dass sie eine „wirkliche Autonomie“ – wie vertraglich verankert – im Rahmen der international anerkannten Menschenrechte wollen, jedoch keine politische Unabhängigkeit von China anstreben.

Eine „wirkliche Autonomie“ hieße aber für den Dalai Lama, laut eines Interviews mit der Süddeutschen Zeitung aus dem Jahre 2007, dass die angesiedelten Han-Chinesen größtenteils das gesamte tibetische Hochland (s.o. historisches Tibet) verlassen müssten. Denn Autonomie heißt für den Dalai Lama, das Tibeter die Mehrheit der

Bevölkerung stellen. Verbleibende Chinesen müssten tibetisch sprechen und sollten die vorherrschende tibetische Kultur respektieren.⁷¹ Diese Forderung ist in vorliegender Form jedoch unerfüllbar und führt zu weiterem Konfliktpotential.

Die ökonomische Lage der Tibeter

Wie im vorangegangenen Kapitel ausgeführt, fühlt sich die Mehrheit der tibetischen Bevölkerung in ihrer wirtschaftlichen Lage benachteiligt. Die soziale Ungleichheit zwischen der großen Anzahl von Tibetern, welche in ländlichen Gebieten der Region versuchen zu überleben, und der kleinen Gruppe von gut bezahlten Arbeitern in den größeren Städten scheint zu wachsen. Die "Exilregierung" bemängelt das chinesische Bildungswesen in Tibet und beschuldigt die Zentralregierung, die Diskriminierung der Tibeter auf dem Arbeitsmarkt zu unterstützen. Die Volksrepublik hingegen hebt die wirtschaftliche Entwicklung und den neu gewonnenen Wohlstand Tibets hervor. Soziale Ungleichheiten zwischen Tibetern und anderen chinesischen Nationalitäten wären demnach nicht vorhanden.

7. Bedürfnisse und Interessen der Konfliktparteien

Unmittelbar durch den tibetisch-chinesischen Konflikt betroffen sind in erster Linie Bürgerinnen und Bürger der Autonomen Region Tibet und der angrenzenden tibetischen Siedlungsgebiete. Sie benötigen Rechtsicherheit und die Sicherheit, friedlich in ihrem Umfeld leben zu können. Aber auch die Tibeter, welche sich im Auslandsexil befinden, verfolgen interessiert die politischen Geschehnisse in ihrer Heimat und engagieren sich. Dies wird unter anderem durch viele Internetforen, wie die Tibet Initiative Deutschland e.V., aber auch durch die zahlreichen und weltweiten Protestaktion im Rahmen des Fackellaufes zur Olympiade 2008 deutlich. Die nicht-tibetische Bevölkerung außerhalb der Region nimmt den Konflikt aber eher weniger wahr.

Die Bestimmung und Beurteilung von Interessen hängt de facto von der Perspektive und der Interpretation der jeweiligen Konfliktparteien ab. Um im Rahmen einer Konfliktanalyse zu einer Lösung zu gelangen, welche allen betroffenen Parteien gerecht wird, ist die Auseinandersetzung mit den Interessen der jeweils anderen erforderlich. Dadurch kann sich ein Verständnis für das eigene und fremde Handeln entwickeln und daraus können Lösungsansätze resultieren, die für beide Konfliktparteien

⁷¹ Süddeutsche Zeitung 2007.

gewinnbringend wären.⁷² Wir leiten im Folgenden die Bedürfnisse und Interessen der Konfliktparteien auf der Grundlage der historischen Darstellung, der erläuterten Eskalationsentwicklung und basierend auf den Konfliktgegenständen ab.

Bedürfnisse der Bevölkerung in der Region Tibet

- Neben der Ausübung der Religionsfreiheit und der Selbstverwaltung des tibetischen Volkes, bilden der Schutz der kulturellen und der ethnischen Identität grundlegende Bedürfnisse der Bevölkerung in der Autonomen Region Tibet.
- Allgemein bedarf es in der Region einer formell einklagbaren und faktisch durchsetzbaren Rechtssicherheit, friedlich und in Selbstbestimmung in Anlehnung an die Menschenrechtsverein-

barung der Vereinten Nationen – die auch in der Volksrepublik China offiziell anerkannt sind – leben zu können.

- Unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft haben die Bürger und Bürgerinnen der Provinz Tibet ein Recht ihre Bedürfnisse wie die Ernährung ihrer Familie, die freie Selbstbestimmung über ihr individuelles Leben, eine Chancengleichheit in der Bildung und im Beruf, die Gleichbehandlung vor chinesischen Institutionen und ein friedliches, erfülltes Leben in ihrer Gemeinschaft gesichert zu sehen.

Interessen der Volksrepublik China

- Als wichtiges Interesse der Volksrepublik China kann die nationale Einheit angeführt werden. Durch sie erhofft sich China Stabilität und Souveränität im eigenen Land.
- Die Volksrepublik China ist ein Vielvölkerstaat. Eine von der Zentralregierung befürchtete Abspaltung der Region könnte auch andere Minderheiten zur Abspaltung bewegen.
- Im Sinne ihrer eigenen territorialen Integrität kann die Volksrepublik Chi-

⁷² Eine Methode zur Konflikttransformation ist Transcend. Dieses Konzept wurde theoretisch von dem Friedens- und Konfliktforscher Johan Galtung entwickelt. Mit der Bestimmung der Grundbedürfnisse der Menschen im betreffenden Konflikt (Überleben, Wohlergehen, Freiheit und Identität) werden die Interessen der Akteure auf ihre Legitimität geprüft. Legitime Interessen dürfen keinen Grundbedürfnissen zuwider laufen. Durch das Übereinkommen und Zugestehen legitimer Interessen kann im Dialog mit den beteiligten Akteuren eine gemeinsame Basis gefunden werden. Der Erfolg des Dialoges orientiert sich dabei an den drei Leitlinien Empathie, Gewaltfreiheit und Kreativität (Transcend Nordic o.D.A.).

na die tibetische "Exilregierung", die über Angelegenheiten der Autonomen Region Tibet mitentscheiden, nicht als solche akzeptieren.

- Die Region Tibet ist für China im Rahmen einer militärstrategischen Pufferzone zum indischen Nachbarn von großer Bedeutung. Ebenso wie die nationale Einheit kann, somit auch die Sicherung der territorialen Grenzen als ein Interesse gesehen werden. Eine Abspaltung Tibets von China könnte in den Augen der Zentralregierung zu Verlusten der Sicherheit Chinas führen.
- Aus wirtschaftlicher Sicht besteht für China ein Interesse an den reichen Rohstoffvorkommen in der Region Tibet. Diese gelten als nationalstaatliche Ressourcen. Weiterhin ist die Volksrepublik an einer wirtschaftlichen Entwicklung und Modernisierung nach ihren Vorstellungen im gesamten Staatsgebiet, das heißt einschließlich Tibets, interessiert.
- Bezüglich des Dalai Lama hat China ein Interesse daran, dass dieser die Tibeter nicht zum Separatismus, sondern zur Akzeptanz der chinesischen Herrschaft ermutigt.

Interessen der tibetischen "Exilregierung" und der Exiltibeter

Die Interessen der tibetischen "Exilregierung" sowie die der Exiltibeter sind nicht mit denen der Volksrepublik China zu vergleichen. Die "Exilregierung" sieht es als ihre Aufgabe an, die Bedürfnisse aller Tibeter zur Geltung zu bringen, die in China nicht artikuliert werden können.

Die Interessen der "Exilregierung" liegen in:

- Der Durchsetzung der Verwirklichung der Menschenrechte, das Zugeständnis der Religionsfreiheit und das Recht auf Selbstbestimmung für das tibetische Volk.
- Einer Aufnahme eines erneuten Dialoges mit der Volksrepublik China zur Klärung der Tibet-Frage.
- Die Möglichkeit des friedlichen, gesicherten und erfüllten Lebens sowohl der Exiltibeter als auch der Tibeter im Land.
- Eine breite öffentliche Aufmerksamkeit für die Situation der Tibeter als auch das Anklagen der Menschenrechtsverletzungen Chinas an dem tibetischen Volk von Seiten der internationalen Gemeinschaft.

Im Interesse der Exiltibeter liegen:

- Die Selbstverwaltung Tibets zur Sicherung der Bildung ihrer Kinder, zur Organisation des Alltags und deren Erarbeitung des Lebensunterhalts.
- Eine sichere Rückkehr nach Tibet.

8. Normative Anforderungen ziviler Kräfte in der Konfliktbearbeitung

Bevor wir die Ziele ziviler Konfliktbearbeitung darlegen, ist es notwendig, die Verhaltensweisen ziviler Kräfte in der Konfliktbearbeitung zu hinterfragen. Wir möchten an dieser Stelle einige Normen vorstellen, die uns im Umgang mit dem Tibet-China-Konflikt sinnvoll erscheinen:

Den eigenen Standpunkt kontinuierlich überprüfen

Es sind bereits viele Tibet-Initiativen vorhanden, die zivilen Kräften Informationen zur Verfügung stellen. Auch besteht die Möglichkeit, sinnvolle Kampagnen zu unterstützen.

So lassen sich auf einfachem Weg die eigene Weltanschauung und der Horizont anderer erweitern.⁷³ Des Weiteren kommen

immer mehr Chinesen für längere Zeit nach Europa, um hier zu reisen oder auch für einige Zeit zu leben. Beziehungen zu chinesischen Freunden, Kollegen oder Kommilitonen können genutzt werden, um diese auf die Tibetproblematik anzusprechen und so aus einer direkten Quelle zu erfahren, wie Tibet von Chinesen wahrgenommen wird.

Unbequeme Fragen stellen

Es ist wichtig Anteilnahme an der Situation der Tibeter zu zeigen und eigene Unterstützung zum Erhalt der tibetischen Kultur zuzusichern. Jedoch darf dies nicht blind geschehen. Es ist als Zivilgesellschaft unsere Pflicht, ebenso wie den Chinesen auch den Tibetern kritische Fragen zu stellen.

Keine vorschnellen Urteile fällen

Außenstehende urteilen in einem so asymmetrischen Konflikt wie diesem oftmals sehr schnell. Jedoch vermitteln auch die Medien Informationen unter einem gefärbten Blickwinkel. Anstatt über die Volksrepublik China zu urteilen, sollte versucht werden, Informationen aufzuarbeiten, Konfliktfelder zu analysieren und allen Akteuren gezielte Fragen zu stellen.

⁷³ Unter dem Punkt "Weiterführende Literatur" sind einige Initiativen aufgelistet.

Komplexität akzeptieren

Sowohl die tibetische als auch die chinesische Kultur sind sehr komplex und gerade für uns Europäer auf den ersten Blick nicht leicht verständlich. In dieser Komplexität liegt allerdings auch ein großes Potential für vielfältiges Engagement. Das Sammeln und Verbreiten von Informationen über Tibet und China, tibetisch-chinesische Bräuche und Sitten, den tibetischen Buddhismus, die tibetische und chinesische Sprache und den tibetisch-chinesischen Alltag in Tibet und im Exil kann dazu beitragen, in Europa von der Tibetfrage mehr zu sehen als nur das Lächeln des Dalai Lama. Denkbar sind Ausstellungen, Sprachkurse, Reisetagebücher und vieles mehr.

Neue Wege des "Mahnens" beschreiten

Bei allen Aktionen müssen zivile Kräfte sich fragen, inwieweit diese dem tibetischen Volk helfen oder vielleicht sogar schaden. Die Art und Weise des Mahnens ist hier besonders entscheidend. Beispielsweise wird das Zeigen einer Flagge mit der Aufschrift "Free Tibet" den Konflikt eher verschärfen als ihn zu lösen. Es ist wichtig, Menschenrechte weltweit zu schützen. Jedoch neigen Nichtregierungsorganisationen – im Besonderen Menschenrechtsorganisationen – eher zur Anklage. Oftmals entfernen sich dadurch die Parteien in ei-

nem Konflikt nur noch mehr voneinander, anstatt zu helfen, dass sie aufeinander zugehen. Hier müssen, neben den alten, neue Wege des Mahnens gefunden werden. Menschenrechtsorganisationen sollten sich stärker dem Ziel der zivilen Konfliktbearbeitung unterordnen, denn sie sind ein Teil dessen. Natürlich ist es auch wichtig, die Welt davon zu unterrichten, in welcher Lebenslage sich viele Tibeter in China befinden. Jedoch kommt die chinesische Ablehnung jeglicher Nichtregierungsorganisationen nicht von ungefähr. Die Art und Weise mit der berichtet wird, macht es der Volksrepublik leicht, Ablehnung zu zeigen. Es wäre sinnvoller, mit der Volksrepublik China gemeinsam an einer Veränderung zu wirken, als gegen China zu arbeiten. So können NGOs sowohl die "Exilregierung" als auch die Volksrepublik China über die Forderungen der Gegenseite informieren und somit als Vermittler fungieren.

9. Ziele ziviler Konfliktbearbeitung und ihre Umsetzung

Unsere Vision für Tibet liegt in einem friedlichen Miteinander. Die Spirale der Gewalt muss nachhaltig unterbrochen werden. Es ist an der Zeit, sich über Multikulturalität Gedanken zu machen, anstatt Abgrenzungen zu zementieren. Eine integrati-

ve Politik wird gebraucht, in der sowohl die chinesische als auch die tibetische Kultur nebeneinander und miteinander existieren können, ohne sich gegenseitig zu verdrängen.

Im Folgenden sollen nun Ziele ziviler Konfliktbearbeitung und ihre Umsetzung vorgestellt werden, um auf die genannte Vision hinzuarbeiten.

Eine direkte Einwirkung der ausländischen Zivilgesellschaft auf die Volksrepublik China scheint allerdings nur schwer möglich. Dennoch gibt es einige Möglichkeiten selbst aktiv zu werden. Durch Petitionen, Netzwerke und Demonstrationen kann jeder einzelne die eigene Regierung mahnen, aktiv zu werden und sich für eine zivile Lösung des Tibet-China Konflikts einzusetzen. Dabei muss nicht immer nur der herkömmliche Weg einer Protest-Email gegangen werden. Zivilpersonen können beispielsweise den eigenen Landtags-, Bundestags-, Europaparlamentsabgeordneten auf die Situation der Tibeter ansprechen oder zu organisierten Veranstaltungen dieser Thematik einladen. Außerdem ist es natürlich immer möglich, der sog. "Exilregierung" Gedanken zur momentanen Situation mitzuteilen und direkt per Email oder Brief nachzufragen. Kontaktdaten finden sich leicht über das Internet.

Einhaltung des geltenden Rechts

Um ein friedliches Miteinander gewährleisten zu können, muss eine funktionierende Rechtssprechung gesichert sein. Dies gilt sowohl für die chinesische Rechtssprechung als auch für internationales Völkerrecht.

Die Volksrepublik China spricht in ihren offiziellen Stellungnahmen zur autonomen Region Tibet von freier Selbstverwaltung, Wahrung der traditionellen Kultur und von Glaubensfreiheit.⁷⁴ Trotzdem dringen immer wieder Nachrichten an die Öffentlichkeit, welche ein anderes Bild zeichnen. Nachrichten von erschossenen flüchtenden Tibetern, von tibetischen Mönchen im Gefängnis, von vertriebenen tibetischen Hirten, von Zwangssterilisationen und anderen schweren Vergehen an Tibetern.⁷⁵ Die chinesische Regierung soll sich an ihre eigenen mit dem tibetischen Volk gesetzlich vereinbarten Bestimmungen⁷⁶ orientieren und diese sicherstellen. Dazu gehört auch, Instanzen zu schaffen, bei denen sich Individualpersonen bei einer vermeintlichen Verletzung beschweren können, ohne mit einer Sanktionierung rechnen zu müssen. Dieses Rechtssystem muss transparent und von außen kontrollierbar sein.

⁷⁴ Volksrepublik China 2004.

⁷⁵ Human Rights Watch 2004 / Human Rights Watch 2007b / Mosher 2006.

⁷⁶ Siehe Kapitel 5, 6. und 7. in diesem Dossier.

Ein besonderer Schwerpunkt muss hierbei auf der wirtschaftlichen und politischen Beteiligung des tibetischen Volkes liegen. Eine zivile Kampagne, beispielsweise durchgeführt von der Gesellschaft für bedrohte Völker oder dem Ethikverband der deutschen Wirtschaft⁷⁷, kann deutsche Unternehmer, welche in China investieren oder Firmen gründen wollen, auf die Situation der Tibeter aufmerksam machen. Gerade Unternehmer die sich in der tibetischen Region ansiedeln oder dort investieren, sollten an ihre Verantwortung für die Region, in der sie investieren, erinnert werden. Sie könnten ihr dadurch gerecht werden, indem sie gezielt darauf achten nicht nur Han-Chinesen sondern vor allem Tibeter einzustellen.

Die Volksrepublik China ist ein Mitglied der Vereinten Nationen. Es ist demnach, wie alle anderen Mitgliedsländer, den internationalen Bestimmungen der Vereinten Nationen verpflichtet. Die internationale Gemeinschaft sollte China verstärkt auffordern alle Erklärungen, insbesondere den internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, zu ratifizieren. Die Situation der Tibeter sollte im UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und im UN-Menschenrechtsrat thematisiert werden. Hier gilt es, China um die auffälligen Differenzen zwischen gängiger Praxis und chinesischem Recht im

Umgang mit Tibetern um Auskunft zu ersuchen. Beispielsweise könnte die Frage nach den Hintergründen der jährlichen Flüchtlingsströme aus Tibet gestellt werden. Es greift zu kurz China im UN-Menschenrechtsrat nur dann zu kritisieren, wenn die Situation wie im März 2008 eskaliert.

Dialog fördern

Ein tibetisch-chinesischer Dialogprozess soll initiiert werden. Die Delegation der Europäischen Kommission in China oder auch Gremien der UN, wie der Menschenrechtsrat oder der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, könnten einen solchen Prozess einleiten. Strittige Fragen und widersprüchliche Verhaltensweisen sollten sachlich in geeigneten Foren geklärt werden. Dazu gehören:

- Die Rolle des Dalai Lama als religiöser und politischer Führer;
- Formen, Inhalte und Bedingungen von Autonomie;
- Die Politik und Zukunft der "Exilregierung";
- Die Vereinbarkeit tibetischer und chinesischer Interessen;

⁷⁷ Siehe Kapitel 12 in diesem Dossier bzw. www.ethikverband.de.

- Die Klärung der Zusammenhänge zwischen den Beziehungen Tibet, China und Taiwan.

Sofern die Volksrepublik China in Tibet noch weitere Interessen wirtschaftlicher und militärischer Natur verfolgt, sollen diese von der Regierung offen gelegt werden. Es gilt nach Wegen zu suchen, diese Interessen mit denen der Tibeter vereinbar zu machen.

Die Volksrepublik China muss die tibetische Kultur und die Geschichte des Landes achten. Es ist wichtig, dass der Dalai Lama als eine bedeutende Figur der tibetischen Kultur anerkannt wird. Seine Sicherheit in China muss gewährleistet sein. Nur so kann sich China die Unterstützung der tibetischen Bevölkerung zusichern. Auf diese Weise könnte eine gemeinsame Basis für Verhandlungen erreicht werden.

Um in einen fruchtbaren Dialog mit der Volksrepublik China treten zu können, ist es wichtig klare und für China nachvollziehbare Ziele zu verfolgen. Die tibetische "Exilregierung" tritt für eine wahre Autonomie Tibets innerhalb Chinas ein, nennt sich aber trotzdem "Exilregierung". Es sollte über eine Namensänderung hin zu "Verwaltung der Tibeter im Ausland" nachgedacht werden.

Des Weiteren werden, trotz der Zusage an China keine separatistischen Be-

strebungen voranzutreiben, Kontakte zum nach Unabhängigkeit strebenden Taiwan gepflegt.⁷⁸ Hier muss gründlich überlegt werden, ob diese Kontakte es wert sind, den Dialog mit der Volksrepublik China zu beschädigen.

Fortschritte in der chinesischen Tibetpolitik sollten von Seiten der Exiltibeter in Presseerklärungen, öffentlichen Ansprachen und Parlamentssitzungen gelobt und Kooperationen zwischen Tibet und China gefördert werden. Es könnte beispielsweise auch der Dialog mit im Ausland lebenden Chinesen gesucht werden.

Nach den Unruhen im März 2008 wurde eine neue Gesprächsrunde zwischen chinesischen Regierungsvertretern und Gesandten des Dalai Lama ins Leben gerufen. Bisher verlaufen die Gespräche allerdings ergebnislos. Die chinesische Regierung machte deutlich, dass sie zu einer weiteren Dialogrunde bereit stünde, wenn der Dalai Lama die betreffenden Forderungen umsetze. So soll er sich öffentlich bekennen, dass er keine territoriale Unabhängigkeit Tibets verfolgt.⁷⁹ Die Gesandten des Dalai Lama erklärten sich ihrerseits zu weiteren Gesprächen bereit, betonten jedoch, dass diese keinen Sinn hätten, wenn von chinesischer Seite eine ernsthafte und aufrichtige Bereitschaft zum Dialog fehle.⁸⁰ Es fällt

⁷⁸ Blume 2007.

⁷⁹ Taz 2008.

⁸⁰ The Economist 2008.

auf, dass von beiden Seiten schon im Vorfeld eine lange Liste mit Forderungen an die jeweils andere Konfliktpartei bestand. Jedoch ist es unmöglich sich auf eine gemeinsame Lösung zu einigen, wenn die Akteure nicht bereit sind, von ihren Forderungen partiell abzuweichen. Es sollte erst ein Austausch darüber stattfinden, was im Interesse der einzelnen Konfliktparteien liegt und danach gemeinsam über gegenseitige Verpflichtungen nachgedacht werden.

Die traditionelle chinesische Philosophie und Staatslehre baut auf Tugenden und Wertvorstellungen auf, die viele Ähnlichkeiten mit dem europäischen Gedankengut hat. So spielt Gerechtigkeit ebenso wie Menschlichkeit im politischen Verständnis eine große Rolle.⁸¹ Eine Beschäftigung mit der chinesischen Philosophie und ihren Anforderungen an Regierungsträger kann sowohl für europäische Staaten als auch Nichtregierungsorganisationen einen ganz neuen Zugang schaffen, mit der chinesischen Regierung in den Dialog zu treten. Die Europäische Union führt seit 1995 mit China einen Menschenrechtsdialog. Dieser findet halbjährlich statt. Auf diesen Treffen wird die Umsetzung internationaler Menschenrechtsstandards in der EU und in China besprochen. Die Fortschritte sind

jedoch sehr gering.⁸² So fand aufgrund Chinas Ablehnung in der letzten Runde kein Seminar für Rechtsfragen statt. Die Volksrepublik war nicht bereit, zwei von der EU eingeladenen Nichtregierungsorganisationen am Gespräch teilnehmen zu lassen.⁸³ Der Menschenrechtsdialog muss fortgeführt werden, jedoch sollte die EU analysieren, warum der bisherige Erfolg so gering ist und auf dieser Grundlage eventuell andere Konzepte für den Dialog nutzen.

Keine Reduktion des Konflikts auf den Dalai Lama

Die Volksrepublik China sieht in der Person des Dalai Lama einen Separatisten, der dem chinesischen Land schaden will. Damit wird die Tibetfrage personalisiert. Real jedoch existiert der Konflikt mit Tibet auch ohne den Dalai Lama als Wortführer. Um den inneren Frieden langfristig gewähren zu können, muss sich China mit der Situation der Tibeter beschäftigen und den Dalai Lama in seiner Rolle für das tibetische Volk anerkennen.

Die tibetische "Exilregierung", obwohl demokratisch strukturiert, wird oftmals mit der Person des Dalai Lama gleichgesetzt. Diese Wahrnehmung wird von der ihr selbst indirekt unterstützt. Was der Dalai

⁸¹ Möller 2003 und Roetz 2003.

⁸² Gesellschaft für bedrohte Völker 2007.

⁸³ Deutsche EU-Präsidentschaft 2007.

Lama sich für das tibetische Volk wünscht, kann man in vielen Schriften nachlesen. Jedoch, was will die "Exilregierung"? Es ist anzustreben, dass sie sich in ihren politischen Handlungen und Forderungen vom Dalai Lama löst und selbst verstärkt an die Öffentlichkeit tritt und über ihre Vorstellungen eines „wahren“ autonomen Gebiets Tibet informiert.

Ein Fact-Finding⁸⁴ durchführen

Im Zusammenhang mit den Ereignissen des Jahres 2008, ob nun die weltweiten Protestaktionen gegen die Menschenrechtsverletzungen in Tibet im Rahmen des Fackellaufes zur Olympiade oder der Aufstand der tibetischen Mönche der ebenso global Beachtung in den Medien fand, bleiben viele Unklarheiten zur Schlichtung des Konfliktes zurück, welche bisher nicht gelöst werden konnten. Denn bevor es zu einer Lösung kommen kann, müssen Fakten zu den Konfliktgegenständen gesammelt werden. Eine Untersuchungskommission ist eine Möglichkeit Klarheit zu schaffen.

Die 'UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Grundfreiheiten indigener

Völker, für Förderung und Schutz des Rechtes auf Meinungs- und Redefreiheit und für Religions- und Glaubensfreiheit' können helfen, der internationalen Öffentlichkeit ein reales Bild von der aktuellen Lebenssituation der Tibeter zu zeigen. Die Sonderberichterstatter sind allerdings auf die Kooperationsbereitschaft Chinas angewiesen. Diese muss durch die Mitgliedschaft Chinas in den Vereinten Nationen gegeben sein. Außerdem sollte Tibet auch für westliche Journalisten frei zugänglich sein. Da China vorgeworfen wird, Menschenrechte in Tibet zu verletzen, muss dieser Vorwurf – auch im Interesse Chinas – geprüft werden. Damit würde die internationale Aufmerksamkeit für den Konflikt erhöht und qualifiziert werden.

Gemeinsam die Vergangenheit aufarbeiten

Hilfreich wäre es, wenn innerhalb Chinas in Politik und Gesellschaft und insbesondere in den Universitäten begonnen würde, sich kritisch mit den Tötungen, Zerstörungen und gewalttätigen Übergriffen während der Kulturrevolution und im Speziellen mit deren Folgen zu befassen.

Falls die Möglichkeit besteht sollte versucht werden, sich an Projekten zur gemeinsamen Vergangenheitsfindung von Tibetern und Chinesen zu beteiligen. So könnte die EU beispielsweise ein Netzwerk

⁸⁴ Unter Fact-Finding versteht man in der Konfliktbearbeitung das Zusammentragen von Ereignissen, Fakten und Informationen zu Konflikten. Es wird als eine Stufe zur Konfliktprävention gesehen und findet sich auch in der von den Vereinten Nationen 1992 verabschiedeten 'Agenda für den Frieden' unter dem Punkt 'Vorbeugende Diplomatie' wieder (Frieden-gewaltfrei 2001 und Institut für Friedenspädagogik o.D.A.).

von Wissenschaftlern initiieren, welches sich konkret mit Fragestellungen zur chinesisch-tibetischen Geschichte, Kultur, Wirtschaft, Entwicklung, Bildung, sozialem Leben und Politik beschäftigt.

Bildung und Austausch fördern

Um langfristig ein chancengleiches und ausgeglichenes Zusammenleben von Tibetern und Chinesen zu sichern ist es notwendig, allen Bevölkerungsgruppen die gleichen Bildungsmöglichkeiten einzurichten, potentielle Ungleichheiten auszuräumen und speziell die Bildung der tibetischen Bevölkerung auf Grundlage ihrer eigenen Werte und Vorstellungen zu fördern.

Mit Hilfe und Unterstützung der UNESCO und UNP könnte eine pädagogische Hochschule in Lhasa zur Ausbildung von tibetischen Lehrern aufgebaut werden. Diese ausgebildeten Lehrer wären dann unter anderem in der Lage, tibetische Schüler gemäß ihrer Herkunft und Sprache zu unterrichten.

Wenn China sich dafür öffnet, können internationale Netzwerke geschaffen werden. Beispielsweise könnten sich so tibetische und chinesische Lehrer und Lehrerinnen an internationalen Fortbildungen und Schulpartnerschaften beteiligen.

Der Aufbau von Partnerschaften, sei es zwischen Schulen, Lehrern, kulturellen

Vereinen oder anderen Institutionen, gestaltet sich sicherlich schwierig, kann aber für beide Seiten sehr fruchtbar sein. Denkbar wäre zum Beispiel eine Partnerschaft zwischen einer tibetischen, einer chinesischen und einer deutschen Schule. Denkbar wäre auch, bestehende Schulpartnerschaften zwischen Deutschland und China⁸⁵ um eine tibetische Schule zu erweitern.

Es erscheint notwendig, Verbindungen zwischen der chinesischen und der tibetischen Kultur aufzuzeigen. Es ist nicht von Vorteil nur die Unterschiede beider Kulturen hervorzuheben, auch ihre Gemeinsamkeiten müssen Anerkennung finden. Die tibetische "Exilregierung" sollte nicht den Fehler machen, die chinesische Kultur indirekt ebenso zu verneinen, wie es die Chinesen mit der tibetischen Kultur praktizieren. Vielmehr sollte sie die chinesische Kultur würdigen, Parallelen zwischen dieser und der eigenen Kultur suchen und publik machen.

Einige Tibeter leben in Deutschland oder anderen europäischen Ländern im Exil. Es wäre besonders interessant, diese zu ihrer Meinung zu befragen und beispielsweise mit ihnen und im Ausland lebenden Chinesen gemeinsam einige Treffen zu organi-

⁸⁵ Momentan gibt es an rund 250 Schulen Partnerschaften mit Schulen in China. Fuchshuber / Weiß 2007.

sieren. So können Projekte zum kulturellen Austausch zwischen Tibet und europäischen Ländern gefördert werden. Durch solche Projekte entsteht ein Dialog, der in Europa ein stärkeres Bewusstsein für den Konflikt schaffen könnte. Möglich sind zum Beispiel Briefpartnerschaften, Austauschprogramme oder Jugendbegegnungen.

Die internationale Gemeinschaft sollte allgemein anderen Kulturen und ihren sozialen und politischen Problemen mehr Beachtung entgegenbringen. Dies kann nur über mehr Bildung geschehen. So könnten verpflichtende Unterrichtseinheiten im Sachkundeunterricht zum Thema "Kulturen der Welt" beispielsweise schon in deutschen Grundschulen ein Bewusstsein für interkulturelle Fragestellungen schaffen. Die Tibeter dürften dann natürlich in einer Unterrichtseinheit nicht fehlen.

Organisationen, Einrichtungen, Verbände u.ä. können ganz unpolitisch für die Wahrung der tibetischen Kultur in- und außerhalb Tibets eintreten. Über tibetische Feste berichten, Tonträger mit tibetischer Musik veröffentlichen und tibetische Kunstausstellungen organisieren. Für eine bessere Zusammenarbeit wäre es auch möglich, diese kulturellen Informationen auf die chinesische Kultur auszudehnen, beispielsweise mit der Organisation einer chi-

nesisch-tibetische Kunstausstellung. Auch eine Vergabe von Stipendien für das Tibetologiestudium oder einzelne Tibetischkurse ist denkbar.

Die lokale Verwaltung der Autonomen Region Tibets und anderer autonomen Provinzen sollten verstärkt miteinander und mit anderen Regionen der Welt über den Umgang mit Minderheiten, deren Rechte und die Umsetzung dieser in Austausch treten. Ein Austausch mit anderen Minderheitenregionen kann helfen, neue Konzepte für die Tibetfrage zu entwickeln. Ein solcher Minderheitendialog könnte beispielsweise von der Internationalen Gemeinschaft eingerichtet werden: Ein regelmäßig stattfindendes Treffen zwischen multiethnischen Staaten, die sich bei Gesprächen über ihre Erfahrungen und ihren Umgang mit Minderheiten austauschen und problematische Situationen besprechen.

Zivilgesellschaftliche Kräfte vor Ort stärken

Ausländische Investoren haben eine Verantwortung für die Region, in welche sie investieren. Zur direkten Unterstützung der tibetischen Bevölkerung ist es denkbar, dass Unternehmen beispielsweise einen kleinen Betrag jeden Monat / jedes Jahr an Selbstverwaltungen, Organisationen oder

Institutionen geben, die sich in ihrem unmittelbaren Einzugsbereich befinden und diese Gelder direkt für lokale Projekte verwenden.

Niemand weiß besser als die Einwohner Tibets welche Problemfelder am dringlichsten zu bearbeiten sind. Sie sollten ihre Interessen artikulieren können ohne mit persönlichen Einschränkungen durch die Volksrepublik China aufgrund ihrer Meinungsäußerung oder ihrem Engagement rechnen zu müssen. Eigene Projekte zum Dialog zwischen Han-Chinesen und Tibetern sollten von der Volksrepublik initiiert und zugelassen werden.

Des Weiteren könnte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Gelder der Entwicklungszusammenarbeit für friedenspädagogische Projekte⁸⁶ in der Region Tibet vergeben.⁸⁷

⁸⁶ Nach Jäger 2007 umfasst Friedenspädagogik drei Kernaufgaben: "(1) Die Förderung der Aufarbeitung individueller und kollektiver Gewalterfahrungen in Vergangenheit und Gegenwart, (2) die Förderung der Entwicklung gemeinsamen Vorstellungen einer friedensfähigen Gesellschaft sowie (3) die individuelle Befähigung zum Umgang mit Konflikten und zum Umgang mit dem Anderen."

⁸⁷ Der Zivile Friedensdienst (www.ziviler-friedensdienst.org) engagiert sich, gefördert vom BMZ, derzeit in über 30 friedenspädagogischen Projekten in Krisenregionen, unter anderem in Kolumbien, Nepal, Sierra Leone, Ruanda und auf dem Balkan.

Internationale Unterstützung und Kritik annehmen

Die Tibetfrage muss international mehr Anerkennung finden. Es spricht gegen die eigenen Ideale, ein Volk, welches sich der Gewaltlosigkeit verschworen hat, nicht anzuhören, während andere Völker mit kriegerischen Mitteln auf sich aufmerksam machen und Gehör bekommen. Das sollte allerdings nicht mit der Verbreitung von plakativer anti-chinesischer Stimmung verwechselt werden. Viele der in diesem Dossier vorgeschlagenen Handlungsoptionen sind auf die Kooperationsbereitschaft der Volksrepublik China angewiesen. Die internationale Gemeinschaft scheint währenddessen im Bezug auf China mit sich selbst im Konflikt zu stehen. Die Volksrepublik China ist ein wichtiger Partner bei der Erfüllung von wirtschaftlichen Interessen. Auf Kritik reagiert China sehr sensibel. Das macht es für viele Länder schwer, Kritik im Bezug auf Menschenrechtsverletzungen in China vorzutragen. Hier müssen andere Wege gefunden werden, um auf die Chinesen einwirken zu können. Es sollte stärker der Imagegewinn der Volksrepublik bei Verbesserung der Lebenssituation und der politischen Lage der Tibeter hervorgehoben werden.

Im Gegenzug sollte die Volksrepublik Unterstützung von internationaler Seite bei verschiedenen Projekten oder Austauschmöglichkeiten positiv werten und anneh-

men. Das gleiche gilt auch für Exiltibeter und ihre Institutionen. Trotz der verheerenden Ausmaße des Erdbebens in der chinesischen Provinz Sichuan am 12. Mai 2008, welches mehr als 80.000 Tote forderte, zögerte die chinesische Regierung eine Zeit, bis sie ausländische Hilfe akzeptierte. Schließlich wurden Helfer aus dem Ausland ins Land gelassen, was ein Novum seit der Gründung der Volksrepublik 1949 dargestellt hat. Als Grund für diese Öffnung gab das chinesische Zivilministerium an, dass dies eine neue Art der Zusammenarbeit sei sowie eine weitere Öffnung, durch die deutlich werden solle, dass auch in China Menschenleben mehr als alles zählen.⁸⁸ Dieser hohe Grad an Öffnung sollte das Selbstvertrauen des Landes aufzeigen.⁸⁹ Andere Stimmen gehen davon aus, dass China zunächst Bedenken hatte, dass die Weltöffentlichkeit kurz vor den Olympischen Spielen im eigenen Land von den starken baulichen Mängeln erfahren würde, die mitverantwortlich für die große Zahl der Todesopfer waren. Die in der von der Flut betroffenen Provinz lebenden Menschen könnten möglicherweise ebenso regimekritische Äußerungen vortragen, die wiederum an die Internationale Presse gelangen könnten. Auch wäre es möglich, dass die Zentralregierung es als Image- und Gesichtsverlust auffasst, wenn sie ausländische Helfer in das Land lassen wür-

den, da sie damit eingestehen, mit der Gesamtsituation überfordert zu sein.⁹⁰ Dennoch sind schlussendlich auf chinesischer Seite internationale Hilfsaktionen zugelassen worden. Und anders als bei früheren Naturkatastrophen, war es den einheimischen Medien erlaubt über die Opfer zu berichten und nicht nur ausschließlich über den heroischen Einsatz der Soldaten. Wenn die Annahme der Hilfsmaßnahmen aus dem Ausland kein Einzelfall bleibt, so kann trotz der verheerenden Auswirkungen des Erdbebens, Hoffnung für die stückweise Öffnung des Landes gezogen werden.⁹¹ Wünschenswert wäre es in diesem Zusammenhang gewesen, wenn sich die tibetische Seite sich auch zu diesem Vorfall geäußert und ebenfalls Hilfe angeboten hätte, auch wenn dies nur ein symbolischer Akt, hin zu einer besseren Verständigung wäre. Auch die Weltöffentlichkeit hätte dies sicherlich positiv aufgenommen und der Zentralregierung die Möglichkeit gegeben, sich im Gegenzug intensiv mit der Problematik in Tibet zu beschäftigen.

⁸⁸ Erling 2008.

⁸⁹ Radio China International 2008.

⁹⁰ Kronen 2008.

⁹¹ Bork 2008.

Weiterführende Literatur

Falls dieses Dossier Ihr Interesse geweckt hat, finden Sie hier einige Hinweise, wie sie sich über das Internet weiter und umfangreicher zu informieren können. Leider ist die gesamte Literatur zu diesem Themenkomplex sehr stark politisch eingefärbt. Das heißt, es gibt kaum Texte, welche versuchen sich der Tibet-China Frage objektiv zu nähern. Diese Objektivität ist allerdings nicht zuletzt aufgrund der manipulierten Berichterstattung nur schwer möglich. Wir bitten Sie, diesen Hinweis beim Lesen dieser Informationen zu berücksichtigen.

Die Volksrepublik China hat sich in einigen offiziellen Stellungnahmen zu Tibet geäußert. Ein Text ist in deutscher Sprache verfasst: <http://www.china.org.cn/german/115775.htm> . Alle Stellungnahmen der Volksrepublik China finden Sie in englischer Sprache unter der Webseite <http://www.china.org.cn/e-white/index.htm> . Die chinesische Regierung unterhält zusätzlich eine deutsche Seite mit Daten und Fakten zu Chinas Tibet: http://german.china.org.cn/china/archive/tibetfacts07/node_7043623.htm .

Die tibetische, "Exilregierung" präsentiert sich mit einem eigenen Auftritt im Internet. Die Seite finden Sie in englischer Sprache unter <http://www.tibet.net/> .

Es gibt viele Organisationen, die sich mit der tibetischen Lage beschäftigen und eigene Texte dazu veröffentlichen. Eine Liste ausgewählter Organisationen und ihrer Webadressen in allen möglichen Sprachen finden sie unter "Tibet online". Leider ist die Webseite selbst nur in englischer Sprache verfügbar <http://www.tibet.org/> . Besonders empfehlen möchten wir die Webseite der "International Campaign for Tibet in Deutschland" unter <http://www.savetibet.org/de/index.php> und die Seiten des tibetischen Zentrums für Demokratie und Menschenrechte (englischsprachig) unter <http://www.tchrd.org/> .

Des Weiteren geben international anerkannte Menschenrechtsorganisationen einen aktuellen Überblick zu Lage in China und Tibet wieder:

"Human Rights Watch", unter <http://hrw.org/doc/?t=asia&c=china>

"amnesty international Deutschland", unter <http://www.amnesty.de/>

"Gesellschaft für bedrohte Völker", unter <http://www.gfbv.de/volk.php?id=35>

Eine Gruppe europäischer Parlamentarier, die Tibet Intergroup, organisiert Treffen mit Tibetern und versucht den Tibetkonflikt in europäischen Institutionen anzusprechen. Die Internetpräsenz finden sie unter <http://eutibet.typepad.com/> .

Falls Sie allgemein Interesse an Tibet, der tibetischen Sprache, Kultur und Religion haben, können wir Ihnen den Webauftritt des tibetischen Zentrums in Hamburg unter <http://www.tibet.de/> und die englischsprachige digitale Bibliothek über Tibet und Himalaya unter <http://www.thdl.org/> empfehlen.

Literaturverzeichnis

Agence France Presse (2008): Merkel mit chinesischem Präsidenten Hu zusammengekommen. Kanzlerin setzt auf Dialog Pekings mit tibetischen Vertretern, 9.7.2008.

Amnesty International (2008): People's Republic of China. The Olympics countdown – crackdown on Tibetan protesters.
<http://www.amnesty.org/en/library/asset/ASA17/070/2008/en/da75d11c-000a-11dd-b092-bdb020617d3d/asa170702008eng.pdf> (abgerufen am 5.8.2008).

Amnesty International Deutschland (2007): Jahresbericht 2007. China.
<http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/51a43250d61caccfc1256aa1003d7d38/1d063d69fd93369c12572ff004510ad?OpenDocument> (abgerufen am 14.05.2007).

Auswärtiges Amt (2007): <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Uebersicht.html> (24.09.2007).

Bartsch, Bernhard (2007): Provokante Geste. China befürchtet politische Aufwertung des Dalai Lama und eine Einmischung in die Tibet-Frage, in: Berliner Zeitung, 24.9.2007, Seite 9.

Blume, Georg (2008a): Inszenierter Fackeljubiläum. Die KP ließ in Lhasa ihre Getreuen aufmarschieren, in: taz. die tageszeitung, 23.6.2008, Seite 3.

Blume, Georg (2008b): Folter und Tod im Gefängnis. Neuer amnesty-Bericht: Mindestens 1.000 Tibeter werden seit den März-Unruhen gefangen gehalten, in: taz. die tageszeitung, 23.6.2008, Seite 3.

Blume, Georg (2008c): Unorganisiert und voll Hass. "Wir hatten endlich das Gefühl, auf Augenhöhe mit den Chinesen zu sein. Auch Mönche warfen Steine", sagt der Augenzeuge, in: taz. die tageszeitung, 20.3.2008, Seite 3.

Blume, Georg (2007): Angela Merkel hat dem Dalai Lama unbequeme Fragen zuzumuten, in: taz. die tageszeitung, 22.09.2007, Seite 11.

Bork, Henrik (2008): Eine Welt, ein Alptraum. Erdbeben in China, in: Sueddeutsche.de, 18.5.2008. <http://www.sueddeutsche.de/panorama/artikel/813/175287/> (abgerufen am 29.7.2008).

Brockhaus (2006): Staat China. Religion, Band 5, 21. Auflage, Mannheim: F. A. Brockhaus AG.

Central Tibetan Administration (2008): The Main Organs of the Central Tibetan Administration. <http://www.tibetgov.net/en/cta/organs.html> (abgerufen am 1.8.2008).

Ciesinger, Ruth / Mühling, Jens (2008): "Tibetisch lerne ich im nächsten Leben". Sie hält mit ihm ein Schwätzchen und nennt ihn dabei "Eure Heiligkeit" - Jetsun Pema über ihr Leben mit einem ungewöhnlichen Bruder - dem Dalai Lama, in: Der Tagesspiegel, 18.5.2008, Seite 1.

China Internet Information Center (2008): Chinas Tibet. Fakten und Zahlen 2007. Bildungswesen. http://german.china.org.cn/china/archive/tibetfacts07/2008-04/28/content_15027037.htm (abgerufen am 5.8.2008).

Department of Information and International Relations (2006): The Middle-Way Approach: A Framework for Resolving the Issue of Tibet, August 2006. <http://www.tibetgov.net/en/diir/sino/std/imwa.html> (abgerufen am 6.8.2008).

Department of Information and International Relations (2001): Height of Darkness: Chinese Colonialism on the World's Roof. Tibetan Response to Beijing's White Paper of 8 November 2001. <http://www.tibetgov.net/en/diir/pubs/wp/hod01/content.html> (abgerufen am 7.8.2008).

Department of Information and International Relations (1996): Tibet. Proving Truth from Facts. <http://www.tibetgov.net/en/diir/pubs/wp/tb96/content.html> (abgerufen am 7.8.2008).

Deutsche EU-Präsidentschaft (2007): 23. Runde des EU-China-Menschenrechtsdialogs fand am 15./16. Mai in Berlin statt. (18.05.2007) http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/May/0518China.html (abgerufen am 3.10.2007).

Deutscher Bundestag (2004): Regierung unterstützt tibetischen Anspruch auf Autonomie. (3.8.2004) URL: http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2004/2004_195/01.html (abgerufen am 3.10.2007).

Deutscher Bundestag (1996): Drucksache 13/ 4445. (23.4.1996) <http://dip.bundestag.de/btd/13/044/1304445.pdf> (abgerufen am 3.10.2007).

Erling, Johnny (2008): Chinas Kinder brauchen dringend Hilfe, in: Welt online, 16.5.2008. http://www.welt.de/vermishtes/article2002465/Chinas_Kinder_brauchen_dringend_Hilfe.html (abgerufen am 29.7.2008).

European Parliament (1992): The European Parliament motion for a resolution on the situation in Tibet. <http://www.tibetjustice.org/materials/ep/ep5.html> (abgerufen am 3.10.2007).

Frieden-gewaltfrei (2001): Fact-Finding. <http://www.frieden-gewaltfrei.de/factfind.htm> (abgerufen am 19.5.2008).

Fuchshuber-Weiß, Elisabeth (2007): China für Schüler, in: Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, Themenheft 02/2007.
http://www.stmuk.bayern.de/blz/eup/02_07_themenheft/3.asp (abgerufen am 17.02.2008).

Gaede, Matthias (2006): GEO Themenlexikon Unsere Erde. Länder, Völker, Kulturen. Mannheim.

Gesellschaft für bedrohte Völker (2004): China. Menschenrechtslage dramatisch. (6.4.2004).
<http://www.gfbv.de/report.php?id=10&stayInsideTree=1&backlink=volk.php?id=35&PHPSESSID=bdc6a7cc30962363ced85a280d6eea96> (abgerufen am 15.5.2008).

Giese, Karsten / Holbig, Heike (2008): „Der Dissens unter den Exiltibetern wächst“. Interview mit China-Experten. GIGA News 20.3.2008.
http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=//content/presse/pdf/giga_news_080320_1.pdf (abgerufen am 31.7.2008).

Goldner, Colin (1999): Mythos Tibet. Wie ein diktatorisches Mönchsregime romantisch verklärt wird. http://www.eunacom.net/DalaiLama_G.htm (abgerufen am 5.10.2007).

Grimberg, Steffen (2008): Kampf für den Traum vom Wohlstand. "Feuer, Schüsse und Gebete" fragt nach den vielen Dimensionen des Tibet-Konflikts, in: taz. die tageszeitung, 1.7.2008, Seite 14.

Groß, Elke / Sieker, Ekkehard (2007): Recht auf Selbstbestimmung für Indigene Völker – UN-Deklaration nach 20-jährigen Verhandlungen. In: Hintergrund 1. Oktober 2007.
http://hintergrund.de/index.php?option=com_content&task=view&id=125&Itemid=63 (abgerufen am 26.04.2008).

Hansen, Mette Halskov (2003): Han-Chinesen, in: Friedrich, Stefan / Schütte, Hans-Wilm / Staiger, Brunhild: Das große China-Lexikon. Geschichte, Geographie, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Kultur. Darmstadt. Seite 288-289.

Hansen, Sven (2008): Eine Minderheit im eigenen Land. Die Staatssicherheit steht immer vor der Tür: ein Besuch in Peking bei der tibetischen Schriftstellerin Tsering Woeser, in: taz. die tageszeitung, 22.7.2008, Seite 17.

Harris, Paul (2008): Tibet's Legal Right To Autonomy, in: Far Eastern Economic Review, Vol. 171 / No. 4, Seite 17-20.

Herzer, Eva (2000): Das Recht Tibets auf Selbstbestimmung.
<http://www.tibet.de/tib/tibu/2000/tibu55/55recht.html> (abgerufen am 3.10.2007).

Hillman, Ben (2008): Money Can't Buy Tibetans' Love, in: Far Eastern Economic Review, Vol. 171 / No. 3, Seite 8-12.

Himalaya Forum o.D.A.: Tibet im Exil.

<http://www.himalaya-forum.de/tibetexil.php?sid=c618efd33e51939ae2b39ab1f144bcfa> (abgerufen am 3.10.2007).

Hoet den, Michael (2001): Die Linie der Dalai Lamas. Teil 2. Buddhismus heute.
http://www.buddhismus-heute.de/archive.issue__33.position__12.de.html (abgerufen am 28.09.2007).

Hool, Catherine (1989): Die chinesische Tibetpolitik. Bern.

Human Rights in China (2007a): China: Minority Exclusion, Marginalization and Rising Tensions. Special Focus: Inequitable and discriminatory development.
<http://hrichina.org/public/PDFs/MRG-HRIC.China.Dev.pdf> (abgerufen am 31.7.2008).

Human Rights Watch (2007b): Kein Recht auf Verweigerung. Zwangsumsiedlung tibetischer Hirten in Gansu, Qinghai, Sichuan und der Autonomen Region Tibet. (Juni 2007).
<http://hrw.org/reports/2007/tibet0607/tibet0607desumandrecs.pdf> (abgerufen am 1.10.2007).

Human Rights Watch (2004): Trials of a tibetan monk. The case of Tenzin Delek. (Februar 2004). <http://hrw.org/reports/2004/china0204/china0204.pdf> (abgerufen am 1.10.2007).

Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V. o.D.A.: Agenda für den Frieden.
http://www.friedenspaedagogik.de/themen/konstruktive_konfliktbearbeitung/stellungnahmen_und_dokumente/agenda_fuer_den_frieden (abgerufen am 19.5.2008).

Jäger, Uli (2007): Friedenspädagogik in Konflikt- und Kriegsregionen. Ansätze und Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit, in: Grasse, Renate / Nolte, Wilhelm / Schlotter, Peter (Hrsg): Berliner Friedenspolitik? Militärische Transformation – zivile Impulse – europäische Einbindung, AFK Friedensschriften, Band 34, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Kronen, Andreas (2008): Warum Peking zögert ausländische Rettungsteams ins Erdbebengebiet zu lassen, in: Epoch Times online Deutschland, 20.5.2008
<http://www.epochtimes.de/articles/2008/05/20/285835.html> (abgerufen am 29.7.2008).

Ludwig, Klemens / Partsch, Karl J. / Heberer, Thomas u.a. (1989): Tibet. Becksche Reihe. Aktuelle Länderkunde. München. Seite 63-88.

Maass, Harald (2007): Eine Prise Volkszorn. Chinesische Zensur lässt der Wut auf Merkel freien Lauf, in: Frankfurter Rundschau, 24.9.2007, Seite 4.

Maass, Harald (2008): Harmonisch bis auf Weiteres. In Peking lobt Steinmeier den neuen Frieden - Berlins Doppel-Außenpolitik nützt aber nur Chinas Führung, in: Der Tagesspiegel, 15.7.2008, Seite 5.

Meyers Lexikon online 2.0 (2008a): China.
http://lexikon.meyers.de/meyers/China_%2811402800%29 (abgerufen am 14.05.2008).

Meyers Lexikon online 2.0 (2008b): Tibetischer Buddhismus.
http://lexikon.meyers.de/meyers/Tibetischer_Buddhismus (abgerufen am 19.05.2008).

Ming, Shi (2008): Stärke nach außen, Schwäche im Innern. Die Kommunistische Partei Chinas verliert an Macht und versucht, mit harter Hand gegenzusteuern. Ein großer Imageschaden für den Olympia-Gastgeber, in: Internationale Politik, Mai 2008, S. 106-111.

Mosher, Stacy (2006): The death of Kelsang Namtso, in: China Rights Forum, Nr. 4, 2006, Seite 75-81. http://hrichina.org/public/PDFs/CRF.4.2006/CRF-2006-4_Kelsang-Namtso.pdf (abgerufen am 1.10.2007).

Möller, Hans-Georg (2003): Philosophie, in: Friedrich, Stefan / Schütte, Hans-Wilm / Staiger, Brunhild: Das große China-Lexikon. Geschichte, Geographie, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Kultur. Darmstadt. Seite 563-564.

Radio China International (2008): China zeigt durch Öffnung des Landes sein Selbstvertrauen, 28.5.2008. <http://german.cri.cn/221/2008/05/28/1@94191.htm> (abgerufen am 29.7.2008).

Roetz, Heiner (2003): Ethik, in: Friedrich, Stefan / Schütte, Hans-Wilm / Staiger, Brunhild: Das große China-Lexikon. Geschichte, Geographie, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Kultur. Darmstadt. Seite 199-204.

Shakya, Tsering (2008): The Gulf Between Tibet and Its Exiles, in: Far Eastern Economic Review, Vol. 171 / No. 4, Seite 12-16.

Spitz, Christoph (1997): Einführung in den Mahayana-Buddhismus. Vortrag zum Thema "Buddhismus und Gegenwart" an der Universität Hamburg. <http://www.tibet.de/tib/tibu/1997/tibu42/42mahayana.html> (abgerufen am 2.10.2007).

Süddeutsche Zeitung (2007): „China mischt sich auch nicht in Deutschlands Angelegenheiten ein.“ Der Dalai Lama über seinen Kampf für ein autonomes Tibet und den Protest aus Peking an seinem Treffen mit Angela Merkel, 22.09.2007, Seite 5.

Tagesschau.de (2008a): Amnesty spricht von "Säuberungen" in China. Bericht zur Menschenrechtslage vorgelegt, 29.7.2008.
URL: <http://www.tagesschau.de/ausland/menschenrechte100.html> (abgerufen am 4.8.2008).

Tagesschau.de (2008b): "Man kann der Regierung nicht trauen". Kritische Stimmen aus China zu Tibet, 26.3.2008. <http://www.tagesschau.de/ausland/tibet284.html> (abgerufen 4.8.2008).

Tagesschau.de (2008c): "Wir können uns kein klares Bild machen". ARD-Korrespondent Graebert über Tibet-Berichterstattung, Interview vom 25.3.2008.
<http://www.tagesschau.de/ausland/china100.html> (abgerufen am 4.8.2008).

Taz. die tageszeitung (2008): China erneuert Kritik an Dalai Lama, 4.7.2008, Seite 2.

The Economist (2008): The illusion of calm in Tibet, 10.7.2008.
http://www.economist.com/world/asia/displaystory.cfm?story_id=11706247 (abgerufen am 2.8.2008).

The Tibet Bureau - Genf (2007): Exil-Regierung. Geschichte - Hintergrund.
<http://www.tibetoffice.ch/web/cta/index.htm> (abgerufen am 1.8.2008).

Tibet Focus (2003): 09.09.2003 - "ai-Bericht über Chinas anhaltende Unterdrückung Tibets". World Tibet News, 28. Oktober 2003. Amnesty International hebt in seinem neuen Bericht zu China die anhaltende Unterdrückung Tibets hervor.
<http://www.tibetfocus.com/gm/archives/00000165.html> (abgerufen am 29.09.2007).

Tibet Initiative Deutschland e.V. (o.D.A.): Daten zur Geschichte Tibets.
<http://www.tibet-initiative.de/frames.html?Seite=/Kap2/home.html> (abgerufen am 4.8.2008).

Tibet Initiative Deutschland e.V. (2003): „Der Panchen Lama bleibt verschwunden“
URL: http://www.tibet-initiative.de/frames.html?Seite=/Kap9/9-2/Kap9_2-119.html (abgerufen am 14.05.2008).

Transcend Nordic (o.D.A.): Dialogue. The basic approach.
<http://www.transcend-nordic.org/index.cfm?id=145752> (abgerufen am 19.5.2008).

United States (1991): Congressional Concurrent Resolution. (21.5.1991).
<http://www.tibetjustice.org/materials/us/us6.html> (abgerufen am 3.10.2007).

Vereinte Nationen (1948): Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Resolution 217 A (III). (10.12.1948). <http://www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.pdf> (abgerufen am 3.10.2007).

Vereinte Nationen (1945): Charta der Vereinten Nationen. (26.6.1945).
http://www.unric.org/index2.php?option=com_content&do_pdf=1&id=108 (abgerufen am 3.10.2007).

Volksrepublik China (2004): Die regionale Autonomie der Nationalitäten in Tibet. (Mai 2004).
<http://www.china.org.cn/german/115775.htm> (abgerufen am 1.10.2007).

Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages (1987): Fachbereich II, Nr. WF II - 163/87 vom 12. August 1987.

Wolff, Katja (2007): Rebecca Sommers Veranstaltung in New York ein voller Erfolg. Diskussion zur "UN-Deklaration über die Rechte der Indigenen Völker". (15.8.2007).
<http://www.gfbv.de/inhaltsDok.php?id=1115> (abgerufen am 3.10.2007).

This document was created with Win2PDF available at <http://www.win2pdf.com>.
The unregistered version of Win2PDF is for evaluation or non-commercial use only.
This page will not be added after purchasing Win2PDF.